

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Sagung der Maler-Internationale in Kopenhagen.

Im Livoli-Restaurant „Zur Regelbahn“ fanden sich vom 4. bis 6. Juli die Vertreter der dem Sekretariat angeschlossenen Landesverbände und Sektionen zusammen. Das Tagungsort war wirkungsvoll dekoriert, ein flottgemaltes Schiff zur Begrüßung der Delegierten, die Landesflaggen der vertretenen Länder zeigend, und das prächtige Banner der Malernes Forening Kopenhagens von 1881 zierten die Wände.

Wie die Vorbereitung zu dieser Konferenz, die zugleich auf das fünfundschwanzigjährige Bestehen unserer Maler-Internationale zurückblickte, so war auch ihr ganzer Verlauf ein vorzüglicher, und mit Recht kann hier konstatiert werden, daß sie gute Arbeit geleistet hat im Sinne der unserer Internationale gestellten Aufgaben.

Nach Eröffnung der Konferenz durch Kollegen Streine, und nachdem er die Anwesenden herzlich begrüßt hatte, gab er ein Bild von dem Entwicklungsgang unserer Internationale, von ihren ersten Vorarbeiten bis zur Errichtung des Sekretariats und den stattgefundenen Konferenzen. Mit großer Genugtuung gedachte er der Verdienste des Kollegen Rudolf Poulsen um die Beständigkeit der Maler-Internationale in den verflochten 25 Jahren, der trotz seiner 75 Jahre heute noch an der Spitze des dänischen Bruderverbandes steht. Als äußeres Zeichen dieser Anerkennung wurde ihm ein Delgemälde überreicht.

Als Vertreter des IOB, Amsterdam, begrüßte Genosse Madsen die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen für das gesamte Malergewerbe den besten Erfolg zeitigen mögen. Ebenso wird vom Internationalen Arbeitsamt brieflich den Beratungen bester Erfolg gewünscht.

Anwesend waren: Von Amerika: Kollege E. Madson, Chicago; von Dänemark die Kollegen R. Poulsen, E. Carlsen, H. Rasmussen, A. Larsen, P. Bredsgaard, P. Slundt, O. Fjerdingsbad; von Deutschland die Kollegen D. Streine, M. Mark, J. Heirich; von England Kollege J. A. Gibson; von Holland Kollege H. Lanfink; von Norwegen Kollege Kristoffersen; von Oesterreich Kollege J. Hompas; von Schweden die Kollegen L. Ljungquist und G. Fontaine; von der Schweiz Kollege A. Diethelm; von der Tschechoslowakei die Kollegen K. Sindelar, Prag, und L. Gebhard, Reichenberg; von Ungarn Kollege M. Szell. Der Kollege Nutinen aus Finnland teilte telegraphisch mit, daß er wegen eines Streiks in Helsinki nicht erscheinen könne. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Kollege Poulsen bestimmt.

Die vom Sekretariat aufgestellte Tagesordnung wurde gutgeheißen. Sie enthält folgende Punkte:

1. Bericht des internationalen Sekretärs, Kollegen Streine.
2. Berichte der Delegierten über den Stand und die Tätigkeit ihrer Organisation.
3. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der technischen und kunstgewerblichen Entwicklung im Maler- und Lackierergewerbe.
4. Der Achstundentag im Maler- und Lackierergewerbe.
5. Internationale Maßnahmen gegen die Zunahme der Berufskrankheiten und Unfallgefahren.
6. Unser Einfluß auf die Preispolitik und auf die

Produktionsbedingungen des Maler- und Lackierergewerbes.

7. Beratung eines neuen Statuts unserer Internationale. Allgemeine Anträge.

Zum ersten Punkt hatte Kollege Streine der Konferenz einen eingehenden gedruckten Bericht unterbreitet, den er noch nach verschiedenen Richtungen hin vervollständigte. Wie bisher, ging unser gemeinsames Streben dahin, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage unserer Kollegen zu heben. Je stärker die einzelnen Verbände sich entwickelten, je größer die Zahl der angeschlossenen Mitglieder, desto größer werde sich auch unser Einfluß auf den verschiedensten Gebieten bemerkbar machen. Während 1913 insgesamt 66 398 Mitglieder dem Sekretariat angeschlossen waren, stieg die Zahl 1925 durch den Beitritt Amerikas auf 179 823 und 1927 durch den Anschluß Englands auf 237 531 Mitglieder. Und wir hoffen, daß noch weitere Länder sich uns anschließen. Mit dem IOB und dem Internationalen Arbeitsamt stehen wir in bester Verbindung. Des weitern besprach er die Ergebnisse der 1927 vorgenommenen statistischen Erhebung aus 14 Ländern, die über die bestehenden tariflichen Landesverhältnisse, über Löhne, Arbeitszeit, Akkordarbeit, Ferien, Lehrlingsverhältnisse, Lackierereien, Streiks und Lohnbewegungen usw. zu dem bereits bekannten Material neue, interessante Aufschlüsse bieten. Auch der vorliegende Kassenbericht zeigt, daß wir mit unsern Finanzen gut stehen. Fassen wir daher alles in allem zusammen, so kann konstatiert werden, daß unsere Maler-Internationale auf der ganzen Linie in erfreulichem Maße fortgeschritten ist. Der Bericht wurde allseitig mit Beifall aufgenommen.

Kollege Sindelar führte aus, daß der Bericht des Sekretärs die volle Anerkennung der Konferenz finde. Auch die Kollegen Hompas und Ljungquist sprachen dem Sekretariat den Dank für die geleistete Arbeit aus.

Darauf folgten die Berichte der Delegierten über die beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und über den Stand der von ihnen vertretenen Organisationen. Es berichteten die Kollegen Madson, Chicago, Gibson, Manchester, Sindelar, Prag, Gebhard, Reichenberg, Carlsen, Kopenhagen, Lanfink, Amsterdam, Ljungquist, Stockholm, Hompas, Wien, Diethelm, Zürich, Szell, Budapest. Wie auf allen Konferenzen, erweckten gerade die Ausführungen über das organisatorische Leben und Treiben in den angeschlossenen Bruderverbänden allseitige größte Aufmerksamkeit, wie denn auch mit ganz besonderem Interesse die Referate des amerikanischen und des englischen Kollegen entgegengenommen wurden. Es ist nicht möglich, hier des nähern auf die einzelnen Berichte einzugehen, sie werden aber ausführlich im Protokoll später nachzulesen sein. Kollege Sindelar wünscht im „Mitteilungsblatt“ des Sekretariats eine Zusammenstellung der bestehenden Löhne und der sonstigen erreichten Vorteile in den angeschlossenen Ländern.

Ein weiterer Antrag, einen energischen Protest gegen die Beschäftigung der Frauen und jugendlichen Arbeiter beim Spritzverfahren zu erheben und den einzelnen Verbänden zu empfehlen, dahin zu wirken, daß in den einzelnen Ländern ein gesetzliches Verbot durchgeführt wird, mit

der Erweiterung, daß beim Spritzen keine Bleifarben Verwendung finden, fand Annahme.

Die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung wurden zusammen behandelt. Sie bildeten den Höhepunkt der Konferenz und nahmen einen vollen Tag in Anspruch. In seinem einleitenden Vortrag zog Kollege Streine in großen Umrissen alle hierbei in Betracht kommenden Fragen in den Vordergrund. Nach einem Hinweis auf die eingetretenen großen Umwälzungen in der Wirtschaft und Industrie, legte er dar, daß diese einschneidenden Veränderungen auch beim Malergewerbe, trotzdem es ein ausgesprochenes Kleingewerbe ist, nicht spurlos vorübergegangen sind. Die Arbeitsweise, die Wandlungen der Mode der verschiedensten Art, die überall sich bemerkbar machende Einfachheit, der Einfluß dieser Wandlungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Berufskollegen, das langsame Zurückdrängen des Saisoncharakters unfres Gewerbes, die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, das allgemeine Streben nach Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten in einer Reihe von Ländern, die Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung unter anderem sind sprechende Zeugen dieser Vorgänge. Kennzeichen für die Struktur des gesamten Malergewerbes sei ferner die Zunahme des Kleinmeisterturns und das ungeheure Anwachsen der Lehrlingshaltung. Momente größter ungünstiger Einwirkungen auf das Gewerbe. Während überall in der Industrie stärkste Konzentration sich bemerkbar mache, sehen wir in der Entwicklung unseres Kleingewerbes das Gegenteil, was zur Folge habe, Dauerarbeitslosigkeit und Drückung der Lebenshaltung der Berufsangehörigen. Dagegen nach dem Rezept mancher Unternehmer mit niedrigen Löhnen und längerer Arbeitsdauer anzukämpfen, sei widersinnig. Eine grundlegende Aenderung der heutigen Wirtschaft wäre das einzige richtige Mittel; da dieses aber noch nicht durchführbar sei, müsse versucht werden, auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung Aenderungen und Verbesserungen herbeizuführen. In seinen weiteren Ausführungen kam der Redner auf die Mittel und Wege zu sprechen, den Schäden entgegenzuarbeiten und die Lebenshaltung der Kollegen zu heben. Nur eine starke, innerlich fest geschlossene Organisation sei das Fundament, von dem aus wir das allgemeine Wohl unserer Kollegen zu fördern imstande sind.

Nach diesen klaren, erschöpfenden Darlegungen, erfolgte eine außerordentlich lehrreiche Aussprache, in der noch weitere sehr beachtenswerte Anregungen und Ergänzungen zum Ausdruck kamen. So äußerten sich eingehend zur Frage der Akkordarbeit die Kollegen Carlsen und Ljungquist. Hompas vertrat die Ansicht, daß das Akkordproblem noch näher geprüft werden müsse. Die Arbeitsmöglichkeit in Oesterreich sei ungeheuer zurückgegangen, dadurch erklärten sich auch die elenden wirtschaftlichen Zustände und permanente Arbeitslosigkeit. Madson führte aus, daß in Chicago jede Akkordarbeit abgeschafft wurde, auch Spritzarbeit sei verboten, da sie das Gewerbe schädige. Nur bei 10 Gesellen könne 1 Lehrling eingestellt werden, aber keine Firma dürfe mehr als 2 beschäftigen. Lanfink tritt für weitestgehende Befugnisse der Betriebsräte ein. Mehr noch als für industrielle Betriebe wäre für uns eine Rationalisierung des Gewerbes von größter Bedeutung, das müßte aber auf geschlichem Wege erfolgen, da nur auf diesem Wege eine dauernde Besserung unserer Lage zu erhoffen wäre.

Gibson hält die Regelung der Preisgestaltung als einen wichtigen Weg zum wirtschaftlichen Vorwärtkommen. Jede Schmutzkonkurrenz müsse scharf bekämpft werden. Im Malergewerbe Englands wurde nicht in Akkord gearbeitet.

In seinem Schlußwort ging Kollege Streine auf einige Punkte ein, bei denen ein Mißverständnis vorzuliegen schien. Im übrigen gab er seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Aussprache klärend gewirkt und sich auf einem so hohen Niveau bewegt habe. Ein Antrag der tschechoslowakischen Organisation, eine einheitliche Norm für Arbeitsleistung festzustellen, um für die geleistete gleiche Menge Arbeit, gleiche Preise zu erlangen, wurde dem Sekretariat überwiesen.

Zur Frage der Berufskrankheiten und der Unfallgefahr, hob Kollege Streine hervor, daß bis jetzt alle unsere Konferenzen sich mit diesen Fragen beschäftigten, weil unser Gewerbe schwer damit zu kämpfen habe. Wohl seien aus verschiedensten Gründen die Fälle schwerer Bleivergiftung zurückgegangen, das dürfe aber nicht dazu verleiten, in unsern Bestrebungen gegen die Gesundheitsgefahren nachzulassen, seien doch noch immer viele Kollegen bleierkrank. Bleigefahren gebe es, solange Bleifarben verarbeitet werden. Er bedauerte, daß neben der deut-

schon Regierung noch so viele andere das Genfer Abkommen nicht ratifiziert haben. Auch unsere englischen Kollegen führen einen harten Kampf um die Durchführung des Genfer Abkommens. Er hoffe, daß bei der neuen deutschen Regierung die Frage bald ihre Erledigung finden werde. Im weiteren kam er auf die Hauterkrankungen und auf die Unfallgefahren infolge ungenügenden Leiter- und Berufsschutzes, zu sprechen. Dringend notwendig sei, daß alle Bruderverbände sich verpflichten, unausgesetzt gegen die Berufsgesfahren jeglicher Art anzukämpfen. Dem MA soll die Stellung unserer Internationale unterbreitet werden, worin unsere Forderungen klar zum Ausdruck kommen. Dem wurde nach kurzer Diskussion zugestimmt.

Darauf erfolgte die Beratung eines neuen Statuts, dessen Entwurf bereits der Wiener Konferenz vorgelegt hatte. Die einzelnen Landesverbände haben im Laufe des Jahres schon dazu Stellung genommen. Der Beitrag wird auf 10 S festgesetzt; für die Sektionen bleibt er wie bisher, ebenso die Pauschale für Amerika und England. Die Organe der Internationale sind nach der neuen Fassung: der Kongress, der Ausschuß und das Sekretariat. Den neuen Ausschuß, der jährlich einmal zusammentritt, bilden: Dänemark (Stellvertreter Schweden), Holland (Stellvertreter Schweiz), Oesterreich (Stellvertreter Tsch-

choslowakei) und England (Stellvertreter Deutschland). Der Sitz des Sekretariats bleibt in Hamburg. Als Sekretär wurde Kollege Streine wiedergewählt. Zur Beratung stand noch der Antrag Oesterreichs, unterstützt von Ungarn und der Schweiz, auf Anschluß an die Bauarbeiter-Internationale. Nach kurzen Erklärungen der einzelnen Landesvertreter wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Nachdem noch der Kollege Christoffersen, Norwegen, eine nähere Schilderung über den gegenwärtigen Bauarbeiterstreik, an dem auch 400 Maler beteiligt sind, gegeben hatte, war die Tagesordnung erschöpft.

Kollege Poulsen dankte im Namen der Bureauleitung allen Teilnehmern für den guten Verlauf des Kongresses, besonders auch nochmals für das ihm von der Internationale überreichte Geschenk. Kollege Streine sprach vor allem den dänischen Kollegen für ihre wohlbekannte Gastfreundschaft den herzlichsten Dank aus. Alle anwesenden Kollegen waren erfreut, daß Kollege Poulsen in voller Gesundheit und Frische die Konferenz geleitet habe. Er hoffe, daß unsere Internationale auch in ihrer neuen Verfassung sich belebe und neue Länder sich anschließen werden. In der Ueberzeugung, daß die gefaßten Beschlüsse zu weiteren Erfolgen beitragen werden, schloß er die Tagung, allen Teilnehmern gute Heimreise wünschend.

Kapitalistische Mißwirtschaft.

Der Aufstieg, den die deutsche Wirtschaft seit Beginn des vorigen Jahres nahm, hat anscheinend seinen Höhepunkt überschritten. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Wirtschaftskondition wieder auf einer absteigenden Linie bewegt. Noch zeigt die Arbeitslosigkeit eine Abnahme. Die Arbeitslosenziffern stehen unter denen der gleichen Monate des Vorjahres. Doch hat das nicht viel zu bedeuten, weil die Arbeitslosigkeit während des vergangenen Winters geringer war. Während im Januar 1927 nahezu 2 Millionen Arbeitslose gezählt wurden, betrug die Zahl im Januar 1928 einschließlich der Unterfrüsten der Krisenfürsorge rund 1,6 Millionen, also zirka 400 000 weniger. Der Eintritt der wärmeren Jahreszeit mußte unter diesen Umständen die Arbeitslosenziffer stärker sinken lassen. Sehr deutlich zeigt sich die Verschlechterung der Wirtschaftslage in dem Rückgang des Inlandsabfahes, dem zwar eine Steigerung der Ausfuhr gegenübersteht, ohne daß jedoch dadurch ein Ausgleich herbeigeführt wird.

Es ist begreiflich, daß diese Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse die Aufmerksamkeit der interessierten Wirtschaftskreise auf sich ziehen und der Versuch unternommen wird, ihre Ursachen festzustellen. Auch die Organe der Unternehmervereinigungen beschäftigen sich damit. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, ist man dort mit dem Urteil schnell fertig, und es sind selbstverständlich die Arbeiter, denen die Schuld an der Verschlechterung beigemessen wird. So bringt es zum Beispiel die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 29. Mai fertig, zu schreiben: „Das Unheil, das die Gewerkschaften im heutigen Deutschland an Organismus der Wirtschaft unter Mißbrauch ihrer Kräfte errichten, ist groß, denn der staatliche Lohnfestsetzungsapparat des Schlichtungswesens arbeitet bekanntlich auf einseitigen Druck und für die einseitigen Interessen der Gewerkschaften.“ Ähnlichen Aeußerungen begegnen wir in andern Unternehmerblättern. Von einem Verschulden der Unternehmer ist nirgends die Rede. Sie sind stets die blütenweißen Lämmer, die kein Wässerchen

trüben können. Alle Verantwortung für den Niedergang der Wirtschaft fällt nur den bösen Arbeitern, vor allem den Gewerkschaften, zu, die nicht aufhören, die Begehrlichkeit der Arbeiter anzureizen, sie zu immer neuen und höheren Lohnforderungen anzustacheln, unter denen schließlich die Unternehmungen, wie die Wirtschaft, zu leiden haben.

So unsinnig und der Wahrheit widersprechend diese Behauptungen auch sind, so finden sie doch in weitem Umfange Glauben. Es ist daher nicht unangebracht, sie einmal näher zu prüfen. Selbst die Unternehmer können trotz aller Verschleiernsbemühungen nicht bestreiten, daß die geschäftlichen Ergebnisse des letzten Jahres für sie günstig waren. Nach den amtlichen Feststellungen und statistischen Ausweisen hatten sie sogar eine glänzende Konjunktur zu verzeichnen. Die durchgeführte Rationalisierung der Betriebe wirkte sich allgemein dahin aus, daß die Betriebskosten zurückgingen, was in Verbindung mit dem stoffen Abfah der Industrieerzeugnisse die Gewinne stark ansteigen ließ. Hiernach war es ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften ausgangs vorigen Jahres und Anfang dieses Jahres ihre Tätigkeit darauf richteten, auch die Arbeiter an den Ergebnissen des wirtschaftlichen Aufschwungs zu beteiligen und mit Lohn- und Gehaltsforderungen an die Unternehmer herantraten. Sie waren dazu gezwungen, weil einerseits die Löhne und Gehälter nicht den bestehenden Preisverhältnissen entsprachen, andererseits die Unternehmer aus eigenem sich nicht dazu veranlaßt fühlten, den Arbeitnehmern Zugeständnisse zu machen.

Der von den Gewerkschaften verfolgte Zweck wurde in gewissem Umfange erreicht. Es traten, zum Teil unter Mitwirkung der behördlichen Schlichtungsstellen, zum Teil auf Grund der eingeleiteten gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen, Lohn- und Gehaltssteigerungen ein, die eine geringe soziale Besserung des Lebensstandards der Arbeitnehmerschaft in Aussicht stellten. Wie wenig jedoch diese Lohnsteigerungen Produktion und Wirtschaft zu belasten vermochten, geht daraus hervor, daß nach den Nach-

weisungen des statistischen Reichsamtes für 1927 sich in dem dafür zum Vergleich herangezogenen 12 Gewerben bei regelmäßiger Arbeitszeit die tarifmäßigen Wochenlöhne für gelernte Arbeiter nur um 7,5, für ungelernete Arbeiter um 8,6 % erhöhten. Vorangegangen war für das Jahr 1926 eine Lohnsteigerung von 0,9 beziehungsweise 1,1 %. In den Monaten Januar bis März 1928 trafen bei den Löhnen nur ganz unwesentliche Veränderungen ein. Erst im April machte sich wieder ein Ansteigen der Löhne bei den Gelernten um 1,3, bei den Ungelernten um 1,6 % bemerkbar. Nur in einzelnen Gewerben ging die Steigerung darüber hinaus, wobei aber in Betracht zu ziehen ist, daß diese Erhöhungen nur einen Ausgleich für einen Zeitraum darstellen, in dem die Löhne hinter den in andern Gewerben gestiegenen Löhnen zurückgeblieben waren.

Demgegenüber steht ein fortgesetzter Aufstieg der Preise für fast alle lebenswichtigen Bedarfsartikel. So stieg zum Beispiel der Großhandelsindex für pflanzliche Lebensmittel von 1926 bis Ende 1927 von 130,5 auf 153,8, für Agrarstoffe von 129,3 auf 137,8, für Baustoffe von 144,6 auf 158 ufm. In noch stärkerem Maße stiegen die Kleinhandelspreise; diese Bewegung setzt sich noch fort. Im Zusammenhang damit erhöhte sich der Lebenshaltungsindex vom September 1926 bis Ende Dezember 1927 von 142 auf 151,3. Hervorgehoben werden muß, daß die Preissteigerungen nicht notwendige Folge von Lohnsteigerungen waren, sondern umgekehrt die Ursache bildeten, Lohnforderungen zu stellen. In der Regel freilich mit dem Erfolg, daß die Preise sofort wieder einen neuen Auftrieb erfuhren. Es wiederholte sich hierbei das gleiche Schauspiel wie in der Inflationsperiode, wo Preissteigerungen — Lohnsteigerungen — Preissteigerungen sich in ständigem Kreislauf folgten. Mit Recht bemerkt deshalb Professor Dr. Oppenheimer in einem Artikel der „Vossischen Zeitung“ vom 26. Mai hierzu: „Es ist eine der bedenklichsten Erscheinungen der Nachkriegswirtschaft, daß unsere Industrie sich anscheinend nicht aus dem unglücklichen Zirkel befreien kann, wonach jeder Lohnsteigerung mit automatischer Selbstverständlichkeit eine Preissteigerung zu-

Körperkultur und Arbeit.

Wir mögen die Auswüchse des Sports unserer Tage verurteilen, daß er da ist und in solcher Weise unser Volk erfüllt, ist von allergrößtem gesundheitlichen Wert. Er bedeutet einen Aufschwung des Leibes aus diesem dumpfen und mechanischen Leben des Tages heraus.

Doch ist die Körperkultur mehr als Gesundheit. Auch der Schönheit des Leibes soll die Körperkultur in Turnen, Sport und Gymnastik dienen, und gerade bei diesem Mißbild und Entstellen des Leibes durch das Arbeitsleben von heute bedeutet die Körperkultur zugleich einen wichtigen Dienst an der Schönheit des menschlichen Leibes.

Es gibt keinen Beruf, der nicht in irgendeiner Weise den Leib schädlich beeinflusst. Bei der großen arbeitenden Masse ist es die ewig gleiche Benützung bestimmter Muskeln im mechanischen Arbeitsleben, die eine Mißbildung des Leibes schafft. Aber auch da, wo die Einpannung in die Maschine noch nicht in dieser Weise besteht, mißbildet die Arbeit den Leib, und ein erfahrener Arzt kann an der Körperbildung des Menschen den Beruf erkennen. Die gleiche Wirkung zeigen auch die geistigen Berufe: Schwächung der Brust und dergleichen.

Nun ist gewiß die Gesundheit des Leibes von der allergrößten Bedeutung, und doch wird sich als notwendiger Kulturgedanke auch die Forderung immer mehr durchsetzen, daß der Mensch auch der Schönheit seines Leibes zu dienen hat. Und das kann er durch entsprechende Gestaltung der Arbeit selber und durch geeignete Körperkultur außerhalb der Arbeitszeit.

Interessante Untersuchungen haben gezeigt, daß Arbeit des Körpers an und für sich ein ästhetischer Vorgang ist. So haben zum Beispiel Medizinalrat Dr. Acher, der der Leiter des Sozialhygienischen Untersuchungsamtes in Frankfurt a. M. ist, und Dr. S. Brieger den nackten arbeitenden Leib medizinisch und künstlerisch betrachtet und dabei gefunden, daß die Arbeit eines geeigneten und geübten Menschen „in den Bewegungen zu immer größerer Klarheit und Reinheit führt“. „Der Anblick gewährt“, so schreibt Dr. Brieger in den „Veröffentlichungen aus dem Gebiete

der Medizinalverwaltung“, „einen ausgesprochen ästhetischen Genuß.“

So war es also bei „geeigneten und geübten Menschen“. Ungeeignete und ungeübte ließen sofort dieses ästhetische Moment vermissen. Es ist bei der Schönheit des Leibes wie in der modernen Kunst, daß das Wahre zugleich das Schöne bedeutet, daß das Sachliche zugleich das Ästhetische ist. Je ökonomischer der Leib arbeitet, um so künstlerischer ist auch die Wirkung, und der Film, der diese nackten Leiber aufnahm, zeigt, daß die Arbeit bei geschickter Benützung der Muskulatur „an Schönheit der Haltung und Linienführung“, um mit Dr. Achers Worten zu sprechen, „in nichts der Schönheit antiker Bildwerke, des Speerwerfers, des Diskusschleuders usw. nachgibt“.

Es ist ein künstlerischer Dienst und damit eine Kulturtat, wenn wir das Arbeitsleben auch von diesem Standpunkte der Schönheitsgestaltung des menschlichen Leibes betrachten. Auch wegen der ästhetischen Gefahr für den Leib muß das Arbeitsleben im Sinne eines künstlerischen Körpergefühls sozial und menschlich geordnet sein.

Arbeitsleistung ist an und für sich eine ästhetische Bildung des Leibes, doch darf sie weder die tätigen Muskeln zu einseitig entwickeln, noch den übrigen Leib verkümmern lassen. Die soziale Gestaltung des Arbeitslebens ist damit letzten Endes zugleich eine Aufgabe, die uns die Schönheit lehrt. Und das ist der große künstlerische Sinn von Turnen, Gymnastik, Sport, zugleich ergänzend eingzugreifen in das leibbildende Leben des Berufs, indem individualistische Körperkultur getrieben wird, indem im Sinne dieser neuen wissenschaftlichen Richtung die Körperkultur der Körperbildung des einzelnen und den leiblichen Berufsgesahren des einzelnen angepaßt wird. Die Körperkultur muß jeweils „spezifisch“ auf die einseitige Bewegung während der Arbeit eingestellt sein (Brieger), und da das Leben gerade in den Entwicklungsjahren den Leib wesentlich beeinflusst, so ist auch die Behauptung Briegers berechtigt, „daß während der Lehrzeit — und zwar gerade in diesen Entwicklungsjahren — die Mitwirkung des arbeitsphysiologisch geschulten Arztes notwendig ist“.

Damit hat die soziale Gestaltung der Lebensverhältnisse eine menschenökonomische und künstlerische Bedeutung. Der gesunde Leib schafft nicht nur den gesunden Geist, sondern der gesunde Geist ist auch der schöne Leib. Und warum sollen wir in unserm künstlerischen Suchen und Wollen unsern eigenen menschlichen Leib ausnehmen, dem doch von der Natur solch wunderbare Linien und solch künstlerische Formen ästhetischer Freude gegeben sind? Dr. Gustav Hoffmann.

Sonntag.

Du liegst einsam am Waldestrande und träumst. Bist du einsam? Nein, du bist nur mit anderm Leben zusammen als sonst. Wenn wir an freien Tagen die große Welt einmal meiden, um da in Stille draußen zu leben und sammeln zu lassen den Geist, dann ist die Umwelt nur anders.

Einsamkeit ist Gesellschaft. Ja, Gesellschaft innigster Art. Wir lieben das Leben, das da um uns ist, wenn wir einsam sind dort am Walde draußen. Geborgen fühlen wir uns da am Waldestrande. Das große Ineinander des Waldes, an das wir uns schmiegen, macht uns ruhig. Und die Schmetterlinge da auf der Wiese vor uns flattern so lieblich und friedlich hin und her und her und hin, als wollten sie zeigen: wir sind Herren des Lebens; wir sind Künstler des Seins.

Und so nimmt uns das Leben da draußen gefangen, und während wir glauben, dort einsam zu sein, stehen wir im Banne dieses urwüchsigem, unerdorbenen Lebens. Wir fühlen den einen Odem dieses schönen Natürlichen, und all das Zerrissene und Suchende in uns bindet sich zu einem harmonischen Gefühl.

Darum bei aller Freude und allem Gesange und allem gemeinschaftlichen Genießen: auch das Schweigen da draußen hat seinen Bildungswert. Auch das stille Ruhen am Walde oder das sinnende Schreiben durch Licht und Grün. Da lauschen wir den Tiefen des Lebens, dem Urquell des Seins, und da fühlen wir, daß das Leben in seiner tiefsten Tiefe nur brüderliche Feier ist und Innigkeit.

nächst der Rohprodukte, dann der entscheidenden Halbfabrikate und Transportmittel, dann der entscheidenden Bedarfsartikel folgt.

Das ist natürlich ein Widerspruch, wie er volkswirtschaftlich nicht schlimmer sein kann. Oppenheimer stellt denn auch fest, daß die Arbeiter unter diesen Umständen von den stattgefundenen Lohnhöhungen absolut keinen Vorteil haben, sie nicht ein Stück Ruhgut mehr aus dem Markt nehmen können.

In volkswirtschaftlich nüchtern und objektiv denkenden Kreisen ist man deshalb der Ansicht, daß es nicht mehr lange möglich ist, die Dinge so weiter treiben zu lassen. Von den verschiedensten Seiten werden Warnrufe laut, daß die fortgesetzte Preistreibe die deutsche Wirtschaft ruiniert.

Diese Methode beschränkt sich nicht nur auf die Kohlenindustrie, sondern ist bei den Kartellen der Großindustrie seit Jahren allgemein. Die inländischen Verbraucher müssen höhere Preise zahlen, damit das Ausland billige Waren erhält.

Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Schon die wenig erfreulichen Berichte aus unsern Filialen lassen darauf schließen, daß die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe eine Steigerung erfahren hat. Dies ist nun auch durch das Ergebnis der Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Berufskollegen im Monat Juni bestätigt worden.

Von 180 Filialen haben 151 mit 48 453 (davon 212 weibliche) Mitgliedern rechtzeitig berichtet. Von diesen waren 2349 männliche und 6 weibliche, zusammen 2355 Mitglieder — das sind 4,9 % aller erfassten Verbandskollegen arbeitslos.

Arbeitskraft und Lebensdauer.

Trotz der auf das äußerste gestiegenen Rationalisierung des amerikanischen Wirtschaftslebens und der äußersten Einspannung der menschlichen Arbeitskraft ist die Lebenserwartungsziffer bei einer der größten amerikanischen Lebensversicherungs-gesellschaften höher als vor dem Kriege.

Einkommen und Kultur.

Im allgemeinen ist das Einkommen der Menschen so, daß es kaum für die einfachsten Bedürfnisse des Lebens reicht. Da sind die Mittel für künstlerische Bildung und geistige Entwicklung nur knapp und oft gar nicht vorhanden.

Diese Zahl ist für Juni sehr groß, sie läßt schon jetzt besorglich auf die Herbst- und Wintermonate blicken. Dies um so mehr, als auch von kompetenter und bestinformierter Seite zugegeben wird, daß die Gesamtwirtschaftslage in Deutschland eine Verschlechterung erfahren hat, wenn auch vorläufig noch nicht abzusehen ist, ob es sich dabei um die ersten Symptome einer neuen Krise handelt.

Selbst wenn angenommen wird, daß die Meldungen kein genaues Bild der tatsächlichen Arbeitslosigkeit unserer Kollegen in dem Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter bieten, sind sie doch als Hinweis wertvoll. Unzweifelhaft geht daraus hervor, daß die Arbeitslosigkeit unserer Berufskollegen in einigen Landesteilen besonders kraft in Erscheinung tritt.

Die Zahl der kurzarbeitenden Kollegen ist etwas zurückgegangen. Es wurden diesmal 279 — darunter 7 Frauen — angegeben, gegenüber 345 im Vormonat. Für 129 = 0,3 % der erfassten Mitglieder war die Arbeitszeit bis zu 8 Stunden verkürzt, für 107 = 0,2 % von 9 bis 16 Stunden und für den Rest 43 = 0,1 % der gemeldeten Mitglieder um 17 bis 24 Stunden.

Wir lassen hier die vergleichenden Zahlen der Vormonate und für 1927 folgen.

Table with 8 columns: Monat, 1927, 1928, 1927, 1928, 1927, 1928, 1927, 1928. Rows include months from January to December with various statistics.

Die gespannte Wirtschaftslage zwingt uns zu ihrer genaueren Beobachtung. Wir wiederholen darum den schon so oft an dieser Stelle geäußerten Wunsch, daß sich alle Filialen an der Arbeitslosenmeldung beteiligen, denn nur dann ist das gewonnene Resultat mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmend.

13. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Der Ausschuss des ADGB. trat am 29. Juni in Köln zu seiner 13. Tagung zusammen. Die Tagung war nach Köln einberufen worden, um den Verbandsvertretern Gelegenheit zu geben, die Presse, insbesondere das Haus der Arbeiterpresse, zu besichtigen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Leipart den Sekretär des Ortsausschusses Köln, Kollegen Kreibohm. Er erwähnte in seinem Bericht, daß die kommunistische Parteizentrale (Abteilung Gewerkschaften) wieder eine große Zahl von Entwürfen zu Resolutionen für den Gewerkschaftskongress an die kommunistischen Zellen in den Ortsvereinigungen der Verbände gesandt hat.

ist zu begrüßen. Aber die Opposition, die hier systematisch vorbereitet wird, geht aus von einer politischen Partei, sie ist eine von außen hereinbringende Einmischung in rein gewerkschaftliche Angelegenheiten. Leipart ließ seine Ausführungen in die Mahnung ausklingen, daß es jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied der Stolz und die Rücksicht auf die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung verbieten müßte, Weisungen von einer Stelle zu entsprechen, der bisher eine positive Förderung gewerkschaftlicher Interessen nicht nachgesagt werden kann, und überdies mit den Gewerkschaften nichts zu tun hat.

Die Debatte ergab, daß der Bundesausschuss sich die Ausführungen Leiparts einstimmig zu eigen macht und an die Gewerkschaftsmitglieder den Appell richtet, bei den Anträgen zum Kongress sich ausschließlich von dem Gesichtspunkt verantwortlicher und von fremden Einflüssen unabhängiger Mitarbeit an den großen Aufgaben der Gewerkschaften leiten zu lassen.

In der letzten Bundesausschusssitzung war die Zentralisierung der Prozessvertretung bei den Spruchkammern für die Arbeitslosenversicherung und der zu diesem Zweck notwendige Ausbau und die Vermehrung der Arbeitersekretariate eingehend erörtert worden. Eine ausgiebige Erhöhung der Bundesbeiträge ist die Voraussetzung für eine großzügige Lösung der Aufgaben.

Die Wiederaufnahme der Debatte über die Kostendeckung für die Prozessvertretung und die Erhöhung des Bundesbeitrages im allgemeinen gab Gelegenheit zu einer nochmaligen gründlichen Diskussion.

Leipart betonte, daß der Ausbau der Prozessvertretung allmählich erfolgen und zunächst mit zwei, drei Bezirksarbeitersekretariaten begonnen werden soll. Die Erhöhung der Bundesbeiträge liegt im Gesamtinteresse der Gewerkschaften. In den Verbänden steigen mit den wachsenden Mitgliederzahlen die Aufgaben, erhöhen sich die Beiträge, was für die Verbände billig ist, muß für den Bund recht sein.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde besonders hervorgehoben, daß gerade die Prozessvertretung vor den Landesarbeitsgerichten eine Zentralisierung, eine gründliche Stellung der Prozessvertreter und einen Ausbau der Arbeitersekretariate notwendig mache. Sie ist auf die Dauer auch sparsamer. Es ist daran zu erinnern, daß die Unternehmer, die Richter, die Rechtsanwälte, daß alle diese Gruppen gegen die unmittelbare Mitwirkung der Gewerkschaften waren, daß diese gewaltige Durchbrechung eines Jahrhunderte alten Privilegs gegen den größten Widerstand durchgesetzt werden mußte.

Nur einer Gruppe von Menschen schenkt man in dieser Beziehung noch zu wenig Beachtung, der Riesengruppe der Ledigen. Sie läßt man nicht nur in Kämmerchen leben, die als Schlafstellen oder dergleichen menschenunwürdig sind und wahrhaftig nicht zur Pflege von Bildung locken. Sie zwingt man auch geradezu zur Verschwendung ihrer Mittel für Wohnung und Ernährung.

Nur einer Gruppe von Menschen schenkt man in dieser Beziehung noch zu wenig Beachtung, der Riesengruppe der Ledigen. Sie läßt man nicht nur in Kämmerchen leben, die als Schlafstellen oder dergleichen menschenunwürdig sind und wahrhaftig nicht zur Pflege von Bildung locken. Sie zwingt man auch geradezu zur Verschwendung ihrer Mittel für Wohnung und Ernährung.

Es ist festgestellt, daß ein Haushalt von zwei Personen pro Kopf nur 85 % der Kosten des Haushalts eines Ledigen ausmacht, und in einem Haushalt von vier Personen gibt jeder nur 41 % aus von dem, was der Ledige verbraucht.

Welche Verschwendung des sauer verdienten Einkommens, weil uns Ledigenheime fehlen! Welche Verhinderung kultureller Bildung, weil Wirtschaftlichkeit und Rationalisierung, alles, was man für den Haushalt heute erstrebt, gerade für die Ledigen ganz fehlt. Und diese Verschwendung der Mittel für Wohnung und Nahrung statt der Verwendung für Kultur gerade in den Jahren, in denen der Mensch diese geistige Bildung am meisten erstrebt und am besten gebrauchen kann.

Ledigenheime sind eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur rationellen Verwendung des Einkommens. Ihre Zahl ist aber noch verschwindend gering. Es ist nötig, daß der Bewegung „Hausbau und Technik“ eine Bewegung „Hausbau Ledigenheime!“ parallel geht.

Hannover und die Arbeiterlänger.

Von der Bundesleitung wird uns geschrieben: Das 1. Deutsche Arbeiter-Sängerbundesfest liegt hinter uns. Mancher, der nicht teilgenommen hat, wird dies nachträglich schmerzlich bedauern, hört er von den heimkehrenden Festteilnehmern, erfährt er aus den Besprechungen der Tageszeitungen, was Hannover unsern Sängern und Sängerinnen gewesen ist.

helt, das große Zusammengehörigkeitsgefühl, das in diesen Konzerten Gebende und Nehmende verband, läßt sich indessen noch nicht willkürlich übertragen.

In dem Werbestill, der auf Veranlassung der Bundesleitung vom Hannoverfest gedreht wurde, hinwiederum scheidet der akustische Eindruck aus. Immerhin gefallen aber beide, Radio wie Kino, der großen Anzahl derer, die dieses Mal daheimgeblieben sind, bleiben mußten, sich aus Hören und Schauen auch ihrerseits ein Bild von diesem ersten Fest der Arbeiterlänger zu machen.

Ein steht fest: Diesem Treffen werden weitere folgen! Das Stattfinden wird so rechtzeitig bekanntgegeben, daß ein jeder genügend Zeit haben wird, das Geld zu einer Reise zur Seite zu bringen. Spart für unser zweites Arbeiter-Sängerbundesfest! Fanat heute schon damit an!

Unser 1. Deutsches Arbeiter-Sängerbundesfest ist vorbei, es lebe das nächste!

Wir wollen aber nicht nur vorwärts schauen. Blicken wir auf Hannover zurück, so wissen wir, daß die Durchführung dieses Festes in seiner Vorbereitung große Opfer von allen Teilnehmern verlangte. Sie alle sehen ihren schönsten Dank in dem Gelingen des Festes, das unsere kühnsten Hoffnungen übertroffen hat.

Auch der Presse sei für ihre Unterstützung, die sie durch Abdruck unseres Pressedienstes mit seinen auf Hannover hinweisenden Artikeln geleistet hat und für ihre Besprechungen, diesem Fest gewidmet, Dank gesagt. Entsandten doch eine ganze Anzahl Zeitungen eigene Berichterstatter und Referenten nach Hannover, um ihren Leserkreis aus erster Quelle über dies erste Musikfest der Deutschen Arbeiterlänger zu unterrichten.

Mag aus diesem Sich-verbunden-sein und Sich-verpflichtet-fühlen ein neuer Anlauf in unserer Deutschen Arbeiter-Sängerbewegung wachsen. Mögen gelichtete Reihen neu erstarken, Erreichtes gehalten, Unerreichtes neu erstrebt werden!

Ein jeder stelle sich ein unerreichbares Ziel, dann werden wir in Zukunft gut vorankommen! Die Bundesleitung

licht. Die Rechtsanwälte sind in keiner Weise die geeignete Prozessvertretung. Wer die Rechtsvertretung der Arbeiter übernehmen will, muß von den Grundanschauungen des kollektiven Arbeitsrechts durchdrungen sein. Das materielle Recht kennen am besten die, die an der Schaffung des Arbeitsrechts mitgewirkt haben. Das sind die Gewerkschaften. Die Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre sind daher die gegebenen Prozessvertreter. Das gilt besonders für die tariflichen Rechtsfälle. Das einheitliche Arbeitsrecht verlangt auch eine einheitliche Rechtsvertretung. Die spezifischen Tarifrechtsfälle bleiben selbstverständlich Aufgaben der einzelnen Verbände. Letztere sind aber höchstens zwei bis drei Prozent der Fälle.

Die zentrale Lösung der Prozessvertretung wird, so meinte ein Verbandsvertreter, aus der Diskussion nicht mehr verschwinden. Aber die Zentralisierung darf nicht so weit gehen, die einzelnen Verbände von dieser großen Aufgabe zu isolieren. Gerade auf dem Gebiete des von Verband zu Verband verschiedenen Tarifvertragsrechts, zum Beispiel bei einer Normalisierung, Schematisierung sehr gefährlich. Diese letzteren Ausführungen wurden von Leipart am Schluß der Aussprache als die Meinung auch des Bundesvorstandes anerkannt. Es könne gar nicht in Frage stehen, die einzelnen Verbände von der eigenen Rechtsfindung und Rechtsprechung, insbesondere auf dem Gebiet des Tarifvertragsrechts, auszuschließen. Es handle sich bei dem Plan des Bundesvorstandes nur um eine Rationalisierung der Prozessvertretung.

Zur Abstimmung kam zunächst der Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrags auf 36 Pfennig pro Mitglied. Er wurde abgelehnt. Dagegen ergab der Antrag auf eine Erhöhung auf 30 Pfennig für das männliche Mitglied ein Stimmenverhältnis (nach Mitgliederzahlen) von etwa 2 600 000 für zu 1 500 000 gegen den Antrag. Der Antrag des Baugewerksbundes, die jugendlichen Mitglieder beitragsfrei zu lassen, wurde abgelehnt. Vielmehr wurde der Antrag angenommen, für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder den Beitrag auf 15 Pfennig anzusetzen. Die Abstimmung ergab, daß die Rationalisierung der Prozessvertretung zunächst nur in kleinerem Maßstabe in Angriff genommen werden kann.

Wie die Rentabilität dargestellt wird und wie sie ist.

Die Klagen der „Wirtschaftsführer“ über die schlechte Rentabilität der Erwerbsgesellschaften wollen nicht verstummen. So kam der Vorsitzende des Langnam-Vereins, Dr. Paul Reusch, in der am 19. Juni in Düsseldorf stattgefundenen Tagung der westdeutschen Industrie auch auf dieses Thema zu sprechen, wobei er unter anderem folgendes ausführte: „Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes betrug die durchschnittliche Dividende von 4773 Aktiengesellschaften im Jahre 1913 8,74 %. Im Jahre 1926 bestanden 10 081 Aktiengesellschaften, die eine Durchschnittsdividende von 4,41 % verteilten. Wenn man berücksichtigt, daß heute festverzinsliche, sichere Papiere 8 % erbringen, so kann von einer ausreichenden Rentabilität beim Unternehmerkapital nicht gesprochen werden. Wir müssen allen Ansehungen zum Trotz den Mut haben, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaft keine Wohlfahrtsanstalt ist, und daß dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Rente zusteht, zumal das Geldverdienen in Deutschland noch nicht verboten ist.“

So ließ sich also der Vorsitzende des Langnam-Vereins und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller über dieses auch von andern Unternehmern so oft erörterte Thema aus. Da diese Klagen mithin keine Einzelercheinung sind, verlohnt es sich, auf die Dinge etwas näher einzugehen. Bei den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes wird die Tatsache außer Betracht gelassen, daß den 4773 Aktiengesellschaften vom Jahre 1913 im Jahre 1926 10 081 gegenüberstanden. Es hat also eine kolossale Ueberziehung stattgefunden und der Reinigungsprozeß war vor zwei Jahren noch nicht soweit gediehen, daß die kranken Glieder der Erwerbsgesellschaften bereits ausgeschaltet waren. Des ferneren war das Jahr 1913 ein außerordentlich günstiges Jahr. Die deutsche Industrie zählte zu den bestblühendsten der Welt und hatte im internationalen Konkurrenzkampf eine außerordentlich günstige Stellung inne. Hingegen hatten wir 1926 ein ausgesprochenes Krisenjahr, mit all den Schäden und Verlusten aus der Inflationszeit her belastet. Ist es schon ein eigentümliches Beginnen, das Wirtschaftsergebnis zweier so ganz verschiedenen Jahre in wesentlich veränderten Zeitläufen miteinander in Vergleich zu setzen, so überrascht die Selbstverständlichkeit, mit der solche „Weisheiten“ ausgesprochen und von einer gewissen Presse weiter verbreitet werden. Wir befinden uns in der Mitte des Jahres 1928, wo die Wirtschaftsverhältnisse ein ganz anderes Gesicht zeigen als in dem Krisenjahr 1926. Wenn man auch von gewissen „Wirtschaftsführern“ eine allzu große Objektivität nicht voraussetzt, so sollte man sich doch hüten, bei öffentlichen Auseinandersetzungen immer wieder zu solch einseitigem Material zu greifen.

Die Geschäftsergebnisse für das verflossene Jahr zeigen bereits ein wesentlich günstigeres Bild. Die Disconto-Gesellschaft bringt in ihrem Wirtschaftsbericht vom 16. Juni eine Aufstellung über die Durchschnittsdividenden und Rentenfälle der an der Berliner Börse notierten deutschen Aktiengesellschaften. Dabei kommt diese Berliner Großbank zusammenfassend zu folgendem Resultat:

749 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 255 Millionen Mark hatten folgendes Ergebnis:	
Dividendenausstattung in Millionen Mark	Durchschnittsdividende in % des Nominalkapitals
Sortiertes	Sortiertes
Schlußjahr	Schlußjahr
634,39	8,94
313,94	8,26

Da sämtliche an der Berliner Börse notierten Aktiengesellschaften von dieser Berechnung erfaßt wurden, so darf man dieses Ergebnis als den Durchschnitt der gesamten deutschen Erwerbsgesellschaften betrachten. Wenn das Statistische Reichsamt in dem günstigen Vorkriegsjahr 1913 eine Durchschnittsdividende von 8,74 % feststellt, so dürfte der Satz für 1927 mit 8,26 % dem sehr nahe kommen. Da sich mit einem Dividendenjahre von 4,41 % zu operieren, muß als Demagogie betrachtet werden. Die Zahl der von der

Disconto-Gesellschaft erfaßten Gesellschaften, die im letzten Geschäftsjahre keine Dividenden zu verteilen vermochten, ist gegenüber dem Vorjahre von 218 auf 155 zurückgegangen. Mehr als 10 % Dividende verteilten 1927 286 gegen 218 im Jahre zuvor. Das ist ein so günstiges Ergebnis, daß man allen Grund hätte, über mangelnde Rentabilität zu schweigen. Von den an der Dresdener Börse notierten 110 Aktiengesellschaften zahlten nach einer Berechnung des Bankhauses Gebr. Arnhold 66 Gesellschaften die gleiche Dividende, 40 Gesellschaften eine höhere Dividende und nur 4 eine niedrigere Dividende als im Vorjahre.

Ein Vergleich der Rentabilität mit derjenigen der Vorkriegszeit erfährt ja auch insofern eine Trübung, weil die Dividenden- und Finanzpolitik sich gründlich gewandelt hat. Das schöne Wort von der Selbstfinanzierung der Industrie ist ja keine Erfindung, sondern reale Tatsache. Die deutschen Erwerbsgesellschaften sind in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße dazu übergegangen, ihren Kapitalbedarf selbst zu decken. Was an Abschreibungen auf die verschiedensten Konten wirklich geleistet wird, das bleibt der Öffentlichkeit vorenthalten. In der Vorkriegszeit war es üblich, daß der Kapitalbedarf am freien Kapitalmarkt gedeckt wurde. Heute verschmäht man diesen Weg und geht zur Selbstfinanzierung über, indem das benötigte Kapital vom Rohgewinn abgezogen und auf irgendeinem Konto versteckt wird. Die Aktionäre klagen selbst darüber, daß sie von der inneren Werterhöhung ihrer Unternehmungen wenig zu spüren bekommen. Das Jahr 1927 war bekanntlich ein solches der Umstellung. Die Produktionsanlagen wurden, um sie rationell zu gestalten, im größtmöglichen Umfange erneuert. Wenn der Öffentlichkeit ein wirklich klares Bild der Finanzen geboten würde, würde man erstaunt sein, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiete geleistet wurde. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Bilanzverschleierungen zu einer Wissenschaft geworden sind. Wir brauchen nur an die Vernehmungen über diesen Punkt vor dem Enqueteauschuß zu erinnern. Ziehen wir aus den dort gemachten Äußerungen wirklicher Sachkenner einige heraus. Justizrat Dr. Pinner: „Es wird allgemein die Ansicht vertreten, daß die Bilanzen heute selbst dem Kenner keinen Einblick in die Vermögenslage der Gesellschaften geben.“ Finanzschriftsteller Bruno Buchwald: „Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß es besser wäre, die Aktiengesellschaften von der Pflicht der Bilanzveröffentlichung überhaupt zu befreien, als es zuzulassen, daß von fast allen Unternehmungen falsche oder mindestens zur Beurteilung des Unternehmens völlig unzureichende Bilanzen veröffentlicht werden.“ Karl Friedrich v. Siemens: „Ich sage Ihnen ganz offen, daß es einem persönlich mitunter unangenehm ist, sich hinzusehen und überlegen zu müssen, wie man verschleiert.“

In den Aussagen dieser gut orientierten Persönlichkeiten, die noch beliebig zu vermehren wären, ist zu ersehen, wie die Geschäftsbilanzen der Aktiengesellschaften zu beurteilen sind. Die wirklichen Rentabilitätsverhältnisse sind also in ein großes Dunkel gehüllt. Die Unternehmer lehnen es ab, die Öffentlichkeit besser zu unterrichten. Man muß der „Vossischen Zeitung“ zustimmen, wenn sie in ihrer Nr. 295 schreibt: „In der Vorkriegszeit wurde jeglicher wirtschaftliche Aufschwung, jede Fußbreite Terrain, die unsere Wirtschaft errungen hatte, überlaut der Welt verkündet. Der berechtigste Stolz auf tatsächliche Leistungen zeitigte ein Uebermaß an Mitteilungsbedürfnis. Heute aber ist man nicht nur sehr still geworden, sondern man ist darüber hinaus bemüht, alle Erfolge möglichst zu bestreiten, mindestens aber zu verkleinern.“

Es wäre schon besser, endlich einmal der Wahrheit die Ehre zu geben und anerkennen, was ist. Der übergroße Teil der deutschen Wirtschaftsunternehmungen befindet sich in einer durchaus günstigen Lage. Wenn trotzdem die Schwarzmalerei über die schlechte Rentabilität kein Ende nimmt, so müssen die Herren eben damit rechnen, nicht mehr ernst genommen zu werden.

Der Einfluß der Banken auf den Wirtschaftsverlauf.

Wer die Geschäftsberichte großer, mittlerer oder auch nur kleiner Aktiengesellschaften durchblättert, kann feststellen, daß in den einzelnen Aufsichtsräten auch Vertreter des Bankkapitals mehr oder minder zahlreich vertreten sind. In den Nachkriegsjahren ist gerade ihr Einfluß ganz gewaltig gewachsen. So gehört beispielsweise der Geschäftsinhaber der Darmstädter- und Nationalbank, Jakob Goldschmidt, heute nicht weniger als 94 Aufsichtsräten an, während er 1913 noch einen einzigen und 1918 4 Aufsichtsratsposten innehatte. Eine ähnliche Entwicklung ist auf der ganzen Linie zu beobachten. Wieviel Aufsichtsräte von Direktoren vier deutscher Großbanken besetzt waren, zeigt folgende Aufstellung. Es vertraten Direktoren der

	Aufsichtsratsposten	
	1913	1927/28
Deutschen Bank	29	150
Dresdner Bank	31	133
Darmstädter- und Nationalbank	10	128
Berliner Handelsgesellschaft	40	124

Die verstärkte Einflußnahme des Bankkapitals auf die Industrie wird vor allem durch den Umstand begünstigt, daß die unpersonliche Aktiengesellschaft immer mehr zur herrschenden Unternehmerform wird. Von Ende 1913 bis Anfang 1927 ist ihre Zahl von 5000 auf über 12 000 gewachsen. Besonders in der Epoche der Inflation schossen ja bekanntlich in allen möglichen und unmöglichen Gewerben die Aktiengesellschaften wie Pilze aus der Erde. Selbst während der reinigenden Ära der Kreditknappheit in den Jahren 1924 und 1925, als der Konkurrenzwind mit bis dahin ungekannter Heftigkeit wehte, fand nur ein kleiner Teil der während der inflatorischen Scheinblüte entstandenen Aktiengesellschaften den erwünschten Tod. Ihre Zahl ist heute mehr als doppelt so hoch wie in den Vorkriegsjahren. Das erfordert dann auch mehr als doppelt soviel Aufsichtsratsmandate und Lantienen, woran die Bankenvertreter in hohem Maße Anteil zu nehmen verstanden.

Eine weitere Möglichkeit, auf die Zusammenziehung der Aufsichtsräte Einfluß zu nehmen, ist den Bankenver-

tretern durch die bestehenden aktienrechtlichen Bestimmungen gegeben. Ein großer Teil des aktienbesitzenden Publikums ist an der Verwaltung der Unternehmungen, von denen es Aktien besitzt, nicht interessiert. Das trifft so ziemlich auf das ganze Heer der Spekulanten zu. Hier ist das Augenmerk nur auf die Kursbewegung, besser auf die Kursschwankungen, gerichtet, um durch Kaufen oder Abstoßen zum gegebenen Zeitpunkt zu verdienen. In der Praxis spielt sich die Spekulationsfähigkeit so ab, daß der entsprechende Auftrag einer Bank übergeben wird, die meist auch einen bestimmten Spekulationskredit gewährt und die Aktien zur Verfügung hält. Fordert der betreffende Eigentümer die Aktie zur Generalversammlung des Unternehmens die Papiere nicht an — und die große Zahl der an der Verwaltung Desinteressierten tut es nicht — so ist der jeweilige Inhaber der Aktie, also das betreffende Bankhaus, aktienrechtlich befugt, entsprechend der Anzahl der bei ihnen liegenden Wertpapiere auch für die interessierten Eigentümer das Stimmrecht auszunutzen. Die Spekulationsfähigkeit hat in den Nachkriegsjahren erheblich an Boden gewonnen, damit auch die Aufträge bei den Banken und ihr Vorrat an Aktien, womit ihnen die Möglichkeit gegeben ist, auf die Verwaltung der Unternehmungen über die Sitzerteilung im Aufsichtsrat Einfluß zu gewinnen.

In der ersten Zeit nach der Währungsstabilisierung war der Bankkredit für die von flüssigem Kapital entblößten Unternehmungen vielfach der einzige Weg, wieder zu Blut und Leben zu kommen. Das von der Industrie den Banken gewährte Äquivalent bestand vielfach nicht nur in hohen Zinsen und Provisionen, sondern auch in der Uebertragung von Aufsichtsratsmandaten an die Inhaber der betreffenden Bankinstitute.

Es fragt sich nun, in welcher Richtung die verstärkte Einflußnahme des Bankkapitals den Ablauf der Wirtschaft zu beeinflussen vermag.

Mit einer Verkleinerung der bankmäßigen Einflußsphäre ist kaum zu rechnen, denn das zeitweilig während der Inflation hervorgetretene Bestreben starker Industrieller, große Banken unter ihre Herrschaft zu bekommen, ist als endgültig selbige selbigen zu betrachten. Es sei hier nur auf die Stinnesche Beteiligung an der Berliner Handelsgesellschaft erinnert. Beim Zusammenbruch des Stinneskonzerns waren es gerade die Anteile an diesem Unternehmen, die zuerst, wie es in den Berichten des von den Freunden des Instituts zurückgekauft wurden. Heute wagt kaum noch ein Industriegewaltiger, den Banken die Herrschaft auf dem Kreditmarkt freilich zu machen. Sie herrschen unumschränkt.

Den Banken kommt es, wie allen Interessenten der kapitalistischen Wirtschaft, in erster Linie darauf an, an dem Einzelunternehmen zu verdienen. Und das nicht nur durch entsprechende Verzinsung des dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Kapitals, sondern auch gemäß ihrem Einfluß durch Beteiligung am Betriebsüberschuß.

Für Vergabe von Krediten und ihre Höhe ist der ausgewiesene Gewinn vielfach Vorbedingung und Richtschnur. So wirken die Banken stets in der Richtung, Gewinne auszuschnitteln, auch wenn diese vernünftigerweise dem Unternehmen ganz oder teilweise verbleiben müßten. Nicht die Höhe der gezahlten Arbeitslöhne ist für sie maßgebend, sondern der Gewinn, auch wenn dieser auf Kosten der Löhne geht. In dieser Beziehung ist eine Feststellung in dem Schmalenbach-Entschenten über die Lage des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues von Bedeutung, es heißt dort wörtlich: „Einige Werkdirektoren haben bekundet, daß sie Rücksicht auf ihre Banken nehmen müssen; wenn nicht ein gewisser, wenn auch kleiner Gewinn ausgewiesen werde, so sei der Kredit gefährdet.“

Sehr groß ist der Einfluß der Banken auf die industrielle Konzentrationsbewegung. Gewährt ein Bankhaus einem Industrieunternehmen Kredit, so ist es an dessen Sicherung interessiert. Diese wiederum ist dann am ersten gegeben, wenn das Unternehmen rentabel arbeitet. Und diese Voraussetzung glaubt der Privatwirtschaftler durch Ausschaltung des preisdrückenden Konkurrenzkampfes am sichersten erfüllt, wenn sich also die Unternehmungen einer bestimmten Branche in einem Kartell oder Konzern zusammenschließen. Noch deutlicher wird die zur Konzentration drängende Tendenz des Bankkapitals, wenn ein Bankinstitut an mehreren gleichartigen Unternehmungen interessiert ist. Dann soll — immer damit der Bankkredit gesichert bleibt — keines im Preiskampf Schaden leiden, was aber nur durch Zusammenschluß möglich ist. Diese Feststellungen sind beileibe nicht rein theoretisch. In Deutschland diskutiert man beispielsweise schon seit Jahren die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses in der Automobilindustrie, um den Konkurrenzkampf mit dem billigen amerikanischen Fordwagen bestehen zu können. Das größte Hindernis für einen deutschen Autotruff waren die im Familienbesitz befindlichen Werke, vor allem Opel und Brennar, wo das Bankkapital nur einen bescheidenen Einfluß hat. Bisher ist ein einziger großer Zusammenschluß in der Autobranche erfolgt, nämlich die Fusion von Daimler und Benz. Sie kam nur zustande, weil die Deutsche Bank an den beiden Gesellschaften stark interessiert und deshalb das zur Verschmelzung drängende Element war. Neuerdings werden wieder Zusammenschlußpläne in der Automobilindustrie erwogen. Sie gehen aus von der Darmstädter- und Nationalbank (Danatbank), besser gesagt, von deren Geschäftsinhaber, Jakob Goldschmidt. Die Danatbank ist an den Adlerwerken und auch an Daimler-Benz interessiert und drängt von hier aus zur Vereinigung. Die Verhältnisse in der Automobilindustrie zeigen aber nur auschnittsweise die stets lebendige Konzentrationsstendenz, die dem Wirken des Bankkapitals innewohnt.

Die Schlussfolgerungen aus dieser Entwicklung für die organisierte Arbeitererschaft, für die Gewerkschaften, sind sehr naheliegend. In einer sich immer mehr zusammenballenden Wirtschaft kann nur eine ebenso fest geschlossene Einheitsmacht der Arbeitnehmerschaft Erfolge erzielen. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, doch gilt es sie in der Werbetätigkeit immer wieder in den Vordergrund zu stellen, denn je breiter der Kreis arbeitender Menschen ist, der sie erfährt, um so mehr wird sich der gewerkschaftliche Gedanke befestigen. Des weiteren läßt die gezeichnete Wirtschaft-

Entwicklung auch die Festigkeit kommender Lohnkämpfe, die ja um den Ertrag der Wirtschaft geführt werden, den so mächtige Gruppen wie das Bankkapital auf dem des Arbeitslohnes Ansprüche geltend machen, die nur gewerkschaftliche Macht abzutrotzen vermag. Schließlich wird bei zunehmender Ausdehnung der Konkurrenz und wachsender Verdrängung für die Gewerkschaften die Frage der Preismitbestimmung eine immer dringlichere Zukunftsaufgabe. Mag die Erkenntnis dieser Entwicklung in Form sein, alle Kräfte aufzubieten, um diesen großen Veränderungen im Interesse der deutschen Arbeitnehmerschaft zu wachsen zu sein!

Ertragssteigerung ohne Getreidezölle.

Die Nationalökonomie, als Wissenschaft ist ein Kind der Neuzeit. Sie wurde geboren mit jenen gewaltigen Umwälzungen in unserer Wirtschaft, die nach der sozialen Seite das System des Kapitalismus und nach der technischen Seite die auf dem Maschinenwesen beruhende Industriewirtschaft entstehen ließen. Alle Aufmerksamkeit der jüngeren Wissenschaft fiel naturgemäß in erster Linie den Vorgängen dieser Industriewirtschaft zu, während die Behandlung des andern großen Zweiges unseres Wirtschaftslebens, der Landwirtschaft, demgegenüber in den Hintergrund geriet. Diese aus der industriellen Entwicklung sich ergebende Bevorzugung der Probleme der Industriewirtschaft ist mit Recht der nationalökonomischen Wissenschaft zum Vorwurf gemacht worden. Wenn die Nachkriegszeit im ersten Male das Interesse wieder stärker den agraren Fragen zuwandte, so ist das eine Entwicklung, die nicht nur nützlich, sondern auch in höchstem Maße notwendig ist.

Wir fühlen sogar heute, in einer Zeit, in der auch die außereuropäische Welt immer mehr zu eigener Industrialisierung übergeht und sich nicht mehr damit begnügt, Lieferanten von Lebensmitteln und Rohstoffen zu sein, mit unheimlicher Deutlichkeit, wie bedrohlich dünn und labil gerade bei so großer Industrieausdehnung die Lebensbasis eines Volkes werden kann, das aus seinem Boden zu wenig Ertrag für die große Masse der städtischen Bevölkerung herauswirtschaftet und darum auf Bezug von auswärtig angewiesenen ist. Die europäischen Völker können sich heute nicht länger eine Entwicklung erlauben, die das Gewerbe künstlich und natürlich emporschieben läßt, während die eigene Landwirtschaft mehr und mehr als Ernährungsbasis verschwindet. Vielmehr muß die Zukunft einem organischen Wachstumsprozeß beider Glieder unseres Wirtschaftskörpers zustreben, wenn wir nicht Schwierigkeiten entgegengehen wollen, die ständig an Gefährlichkeit zunehmen werden. Die Frage einer Intensivierung und Ertragssteigerung unserer Landwirtschaft und damit im Zusammenhang die Notwendigkeit, alle Hemmnisse, die heute diesem Ziele noch entgegenstehen, wegzuräumen, ist keine belanglose Nebensächlichkeitsfrage, sondern die entscheidende Lebensfrage unserer Wirtschaft schlechthin.

Bedenkt man, daß in Preußen noch 27,5 %, in Bayern sogar 48 % aller landwirtschaftlich nutzbaren und genügten Flächen meliorationsbedürftig sind, so wird klar, wie unendlich viel auf dem Gebiete der Bodenverbesserung und der Ertragssteigerung noch zu leisten ist. Die Gesamtheit muß sich bei der Wichtigkeit der Intensivierung der Landwirtschaft auch damit abfinden, wenn zeitweilig der Staat bestimmte Aufwendungen für die Landwirtschaft den breiteren Schultern der Steuerzahler aufbürdet. Klar muß aber auch sein, daß auf die Dauer Sonderwendungen an die Landwirtschaft durch das Reich und die Länder auf Kosten der Allgemeinheit nicht aufrechterhalten werden können, daß vielmehr unsere Agrarpolitik Wege suchen muß, auf denen dieses Ziel auch ohne Sonderaufwendungen erreichbar ist. Unsere Ansicht, daß bei richtiger Gestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse die Erträge der deutschen Landwirtschaft gewaltig gesteigert werden können, wird in dem soeben erschienenen groß angelegten Lehrbuch der Agrarpolitik von dem vielleicht beim Kenner der deutschen Landwirtschaft, Professor Vereboe, vollumfänglich (Vereboe, Agrarpolitik, Paul Parey Verlag, Berlin 1928). Abgesehen von der dem Gesamtwerk zugrundegelegten Methode, die „agrarpolitische Wissenschaft mehr als bisher mit landwirtschaftlich-betriebswissenschaftlichen Gesichtspunkten zu durchdringen und dadurch eine Übereinstimmung von Lehre und Leben zu fördern“, erscheinen uns die Abschnitte dieses Buches über die Besitzverteilung, das agrare Kreditwesen, die landwirtschaftliche Besteuerung und die Agrarzölle als ganz besonders bedeutsam und lesenswert. Die Stellungnahme Vereboes, dessen eingehende und von aller Interessenspolitik freie Kenntnis der Landwirtschaft allseitig anerkannt ist, ist deshalb von besonderem Interesse, als heute gerade in der Frage der Landwirtschaftszölle die Geister sich scheiden. Die von bestimmter Seite zu sehr durchschäftigen politischen Zwecken immer wieder propagierte Interessengemeinschaft der gesamten Landwirtschaft, die Kleinbauern und Großgrundbesitzer zusammenschließen will, wird zwar heute bereits in zunehmendem Maße von den bäuerlichen Kreisen selbst als bewußte Irreführung und ableses Manöver durchschaut. Trotzdem ist es von großer Wichtigkeit, daß ein Gelehrter vom Rang Professor Vereboes auf Grund eingehender Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangt, daß die hohen Getreidezölle heute zum stärksten Hemmnis des landwirtschaftlichen Fortschrittes geworden sind. Denn hohe Getreidezölle bringen immer wieder den Anreiz mit sich, das Getreide auf den Markt zu werfen, statt es zu verstoffeln. Das führt jedoch notwendig zu einer Verringerung der Viehwirtschaft und somit zu einer Verringerung der Stallmistproduktion, die auch heute noch in erster Linie die Voraussetzung einer allgemeinen Ertragssteigerung der Landwirtschaft ist. Hohe Getreidezölle bedeuten unter den heutigen Verhältnissen ein Vordringen des Großgrundbesitzes auf Kosten der bäuerlichen Wirtschaften, führen von der intensiven Bauernwirtschaft zur extensiven Gutswirtschaft und verringern so den Ertrag, der aus der Bodeneinheit gewonnen wird. Wer bäuerliche Politik machen will, darf keine Politik der Getreidezölle betreiben, das ist die grundlegende Erkenntnis, die uns aus den Ausführungen Professor Vereboes entgegentritt. Die Erhöhung der Getreidepreise bringt dem kleinen und mitt-

leren Landwirt, dem Arbeitsbauern, keinerlei Gewinn, denn allein das Brot, das diese für sich und ihre Familie im Jahre verbrauchen, wird durch die den Zollrückstellungen stets folgende Brotpreissteigerung so teuer, daß im günstigsten Falle gerade die Mehrausgabe durch Mehreinnahmen aus Getreideverkäufen wieder hereinkommen würde. Nicht die Arbeitsbauern profitieren von der Getreidepreiserhöhung, sondern nur die Großgrundbesitzer, deren Domäne der Getreidemarkt ist. Den Bauern interessiert die absolute Höhe der Preise nur in geringem Maße. Für ihn ist ausschlaggebend das Verhältnis der Getreidepreise zu den Vieh- und Molkeerzeugnissen, und bäuerliche Politik besteht darin, die Spannung zwischen diesen Preisen möglichst hoch zu halten. Das ist aber auf die Dauer nur möglich, wenn das Getreide, dieses wichtigste Futtermittel, nicht künstlich durch Zölle verteuert wird. Die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft ist aber notwendig, weil sie der wichtigste Hebel zur Intensivierung und Ertragssteigerung der gesamten Bodenkultur ist.



Voranstalt vom Ausschub des 11. Bezirks des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Neben diesen betriebswissenschaftlichen Gesichtspunkten, die bei Vereboe die erste Stelle einnehmen, führen aber auch allgemeinerwirtschaftliche und vor allem bevölkerungspolitische Gesichtspunkte heute zu dem Ergebnis, praktische Bauernpolitik zu treiben. Auf zweierlei Weise ist es der Landwirtschaft möglich, größere Erträge zu erzielen: entweder durch Erhöhung der auf die Bodeneinheit entfallenden Arbeitsmenge oder durch Erhöhung der anteiligen Kapitalmenge. Nun ist es die Eigenart des Großbetriebes, in größerem Maße kapitalintensiv zu sein als der bäuerliche Betrieb, der dem Großbetrieb gegenüber als arbeitsintensiver Betrieb gelten muß. Ein Blick auf die Bevölkerungsdichte der bäuerlichen Bezirke und der Gebiete des Großgrundbesitzes bestätigt diese Zusammenhänge. Während die Gegenden des Großgrundbesitzes ihren gesamten Bevölkerungszuwachs durch Abwanderung an die Städte abgeben und darüber hinaus sogar noch Verluste am ursprünglichen Bestand erleiden, konnte der Klein- und Mittelbesitz durchweg seinen Bevölkerungszuwachs halten und ins Brot setzen. In einer Zeit aber, die durch Kapitalverknappung und Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, ist die Intensivierung der Landwirtschaft durch Vermehrung der arbeitsintensiven bäuerlichen Betriebe der natürliche und dem Gesamtinteresse der Wirtschaft dienliche Weg! Eine Agrarpolitik, die neues Siedlungsland durch Aufteilung der übergroßen Besitzungen schafft, wird zugleich die Lage der ländlichen Arbeiter bessern und damit die unterste soziale Schicht heben, deren gedrückte Lage bisher für den Aufstieg der gesamten Arbeiter- und Angestelltenklasse ein unerträgliches Hemmnis bildete.

Wie, mit Oppenheims Worten gesagt, es keinen Zweck hat, einem Pferd, das sich mit dem Fuß in einer Falle gefangen hat, einen Strick um den Hals zu legen und daran zu ziehen, weil es dabei höchstens kaputt gehen würde, sondern es allein sinnvoll ist, die Bösung des Grabens abzutragen und den Fuß freizumachen, damit es aus seinem Loch herausspazieren kann, so ist es auch mit der Hebung der gesamten Arbeiterklasse. Genau wie bei dem Pferde auch Kopf und Rumpf mit in die Höhe kommen, so kommen mit einer Besserung der Lebenslage der Landarbeiterschaft automatisch die höher bezahlten Arbeiter, die Industriearbeiter, die Angestellten und die Beamten mit in die Höhe. Auch unter dem Gesichtspunkte einer allgemeinen Einkommenspolitik fällt heute der Agrarpolitik eine ungewöhnliche Bedeutung zu, die es rechtfertigt, daß die Arbeiterbewegung den agraren Vorgängen ihr höchstes Interesse zuwendet.

Wirtschaftliche Vereinigungen.

Der Begriff „wirtschaftliche Vereinigungen“ von Arbeitern und Unternehmern, das heißt, der Gewerkschaften und Unternehmerverbände, wird immer noch verschieden auszuliegen versucht. Es ist wichtig,

hier einmal zu einer einheitlichen Rechtsauffassung zu kommen. Dies auch schon deshalb, weil die sogenannten „wirtschafts-friedlichen“ Verbände das Bestreben hegen, als wirtschaftliche Vereinigungen im Sinne des Gesetzes anerkannt zu werden. Vor allen Dingen verlangt die Reichsversicherungsordnung eine klare Begriffsbestimmung, deren § 15 folgendermaßen beginnt: „Die Vertreter der Unternehmer oder andern Arbeitgeber und der Versicherten werden auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von den Verbänden solcher Vereinigungen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.“ Der Reichsarbeitsminister hat kürzlich nach der „Deutschen Krankenkasse“ Nr. 11 einen Beschluß über obigen Begriff erteilt, der für die Gewerkschaften sehr wichtig sein dürfte:

„Der Begriff der „wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern“ und der „wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitnehmern“ ist bisher zwar in keinem Gesetz ausdrücklich bestimmt. Schon nach dem Sprachgebrauch können aber gemischte Vereinigungen nicht als Vereinigungen der Arbeitgeber oder als Vereinigungen der Arbeitnehmer angesehen werden. Es besteht im übrigen auch in Schrifttum und Rechtsprechung wohl Übereinstimmung darüber, daß unter „wirtschaftlichen Vereinigungen“ nur tariffähige Vereinigungen zu verstehen sind, und daß daher Vereinigungen, die sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer umfassen, nicht als wirtschaftliche Vereinigungen im Sinne des Gesetzes anzusehen sind. Der Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung als einer tariffähigen Vereinigung steht seit Jahren fest; er ist auch bei den Beratungen von Gesetzen, in denen der Begriff verwandt wird, vor den gesetzgebenden Körperschaften stets in diesem Sinne von der Regierung erläutert und in den Verhandlungen nicht umstritten worden. Ich verweise zum Beispiel aus letzter Zeit auf die Beratungen des Reichstages über das Arbeitsgerichts-gesetz (Erklärung des Regierungsvertreter zu Antrag Nr. 8824, Anlage 3, zum mündlichen Bericht des 9. Ausschusses, Reichstagsdrucksache Nr. 2725 von 1926 S. 119). Ich bin daher auch im Hinblick auf den Willen des Gesetzgebers nicht in der Lage, Vereinigungen, die sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer umfassen, als wirtschaftliche Vereinigungen im Gesetzesinne anzusehen. Es würde meines Erachtens aber auch nicht der Natur der Sache entsprechen, wenn in Angelegenheiten, bei denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich als soziale Gegenspieler gegenüberstehen, gemischte Verbände als gleichzeitige Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerbelange zugelassen würden. In solchen Fragen kann vielmehr lediglich eine von der Gegenseite unabhängige Vereinigung nur der Arbeitgeber oder nur der Arbeitnehmer die vom Gesetz den wirtschaftlichen Vereinigungen übertragenen Aufgaben übernehmen. Die Verfassungsmäßigkeit der fraglichen Bestimmungen kann nicht in Zweifel gezogen werden. Die Freiheit der wirtschaftlichen Entfaltung, wie sie der Artikel 151 der Reichsverfassung schützt, steht hier nicht in Frage. Auch die Vereinigungsfreiheit, deren Schutz Artikel 150 der Reichsverfassung bezweckt, wird nicht verletzt, wenn das Gesetz in Fällen, wo es gilt, die besonderen Interessen der Arbeiterschaft oder der Arbeitnehmer zu vertreten; lediglich solche Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Interessensvertretung zuläßt, bei denen nach der Art ihrer Zusammenfassung die Willensbildung von dem Einfluß der andern Seite unabhängig ist. Dies ist auch der Grundgedanke, auf dem Artikel 165 der Reichsverfassung beruht, wenn er die beiderseitigen Organisationen anerkennt.“

Die Unternehmer gebieten weiterhin über Leben und Tod ihrer Arbeiter!

Bei der allgemeinen Besprechung der Frage der Unfallverhütung im Plenum der 11. Internationalen Arbeitskonferenz glaubte ein Unternehmerdelegierter „mit Stolz und ehrlicher Genugtuung feststellen zu dürfen, daß das Unternehmertum rechtzeitig erkannte, daß man dem Problem der Unfallverhütung nicht gleichgültig gegenübersehen darf“. Andere Delegierte schlossen sich diesen kühnen Worten an und redeten viel und selerlich von der selbstverständlichen, humanen Pflicht des Schutzes und der Erhaltung von Menschenleben und Arbeitskraft. Die Arbeitnehmervertreter nahmen diese Erklärungen mit Genugtuung zur Kenntnis, verließen sich jedoch nicht auf diese sentimentalen Ergüsse, sondern machten klar, daß mit Humanität und gutem Willen nichts erreicht werden kann, wenn diese unzuverlässigen menschlichen Regungen nicht durch gesetzlich festgelegte Pflichten unterstrichen werden. Darüber waren die Unternehmer wenig erfreut, und sie betonten, daß es schließlich doch vor allem darauf ankomme, daß Arbeiter und Unternehmer im täglichen Leben im Betrieb zusammenarbeiten, um die Zahl der Unfälle im Interesse beider herabzusetzen.

Und schließlich kam es in der Kommission sogar soweit, daß die Unternehmer auch von diesem bescheidenen Lösungswort Abstand nahmen, von einer systematischen, das heißt über die Gewerkschaften gehenden Zusammenarbeit nichts wissen und die Gewerkschaften als Übel in dieser Sache einfach ausschalten wollten. Sie pochten auf ihren Standpunkt des „Herrn im eigenen Hause“, wiesen auf ihre schweren Pflichten und Lasten hin, sprachen von nötiger Beschränkung usw. Mit einem Wort: sie waren human und voller Rücksicht, aber nur sich selber gegenüber.

Was dies bedeutet, legte der österreichische technische Beirat, Genosse Steiner, als einer der ersten Redner in der allgemeinen Besprechung des endgültigen Fragebogenentwurfs dar, indem er zunächst noch einmal an Hand von Zahlen zeigte, was eigentlich auf dem Spiel steht: „Die Statistik der Unfälle gibt ein geradezu erschreckendes Bild. Der der Arbeitskonferenz vorgelegte Bericht besagt, daß im Jahre 1923 in Frankreich 2082, in England 3302 Arbeiter tödlich verunglückten. In Deutschland betrug diese Zahl im Jahre 1925 5285. In den Vereinigten Staaten rechnet man im Jahre mit 20 000 bis 25 000 tödlichen Arbeitsunfällen. Die Arbeiterunfallversicherungsanstalten Oesterreichs, also eines industriell nicht so vorgeschrittenen Landes, zählten im Jahre 1922 32 141 Unfälle, davon 308 Todesfälle. Die entsprechenden Zahlen der folgenden Jahre lauten wie folgt: 1923 31 050 und 336, 1924 39 110 und 419, 1925 41 977 bzw. 396, 1028

44319 bzw. 372. Diese Zahlen sprechen eine allzu deutliche Sprache. Ueber die dringende Regelung dieses Gegenstandes ist gewiß kein Wort zu verlieren. Es ist charakteristisch für den Fortgang und das Ergebnis dieser Beratungen, daß zwar mit der Versicherung der unbedingten Förderung der Unfallverhütung nicht gespart wurde, daß dagegen die einzige Konsequenz, die aus einem solchen Vorhaben zu ziehen wäre, keineswegs gezogen wurde. Der freiwilligen Zusammenarbeit der Arbeiter und Unternehmer die vollste Anerkennung! Aber gibt es eine soziale Einrichtung, bei der es ernstlich möglich wäre, jede Einmischung des Staates zu negieren, der Kontrolle der Erfüllung sozialer Pflichten geradezu ängstlich aus dem Weg zu gehen?

Und doch konnten die Arbeitnehmervertreter mit ihrer kategorischen Forderung der Festlegung der gesetzlichen Regelung der staatlichen Ueberwachung der Betriebe und der Regelung der Unfallverhütung bedauerlicherweise nicht durchdringen! Eine weitere unerfüllte Forderung ist die Heranziehung der Arbeitnehmerorganisationen zur Durchführung der Unfallverhütung. Die von den Arbeitnehmern aufgestellte Forderung, gleichzeitig mit dem Problem der Unfallverhütung auch die Frage der Berufskrankheiten zur Diskussion zu stellen, wurde verworfen, trotzdem erst in den letzten Tagen, gerade während der Arbeitskonferenz, bekannt wurde, daß in den Vereinigten Staaten Unfallverhütung und Bekämpfung von Berufskrankheiten miteinander verbunden sind und daß diese gemeinsame Behandlung sich glänzend bewährt hat. Mangelndes Interesse ist ferner festzustellen für die Gefahren der Gas- und Elektrizitätsindustrie, die Schaffung aller nötigen staatlichen Stellen für die Beratung und Prüfung von Schutzvorrichtungen, die Schulung auf dem Gebiet der Unfallverhütung usw.

Besonders bedeutungsvoll war die Rede unseres Genossen Sachs, der speziell auf die Regierung der Gewerkschaften zu sprechen kam und in diesem Zusammenhang unter anderem ausführte: „In einer zweitägigen Generaldebatte hat man viele und schöne Worte gefunden über die Notwendigkeit, die Unfallverhütung zu fördern. Die Generaldebatte hing aus in einem Appell an die Öffentlichkeit, in einem Appell an alle Kreise, mitzuhelfen, die Gefahren der Arbeit zu bekämpfen und die Anfälle des täglichen Lebens einzuschränken. Die Ausschüßberatungen haben jedoch ein anderes Bild ergeben. Wir haben feststellen müssen, daß der Gruppe der Unternehmer, unterstützt von einem Teil der Regierungen, eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung unerwünscht war. Es ist sonderbar, daß im Rahmen einer Internationalen Arbeitskonferenz, deren Arbeiterdelegierte die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft aller Länder sind, ein Fragebogen über Unfallverhütung aufgestellt ist, aus dem mit Fleiß und Geschick jedes Wort entfernt ist, aus dem eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung hergeleitet werden könnte. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts hat gesagt, die Grundlagen des I.A.L. seien die Gewerkschaften. Die Ausschüßberatungen haben uns bewiesen, daß dies leider nicht die allgemeine Auffassung der Teilnehmer dieser Konferenz ist. Durch die Ablehnung unserer Anträge werden die Gewerkschaften jedoch nicht beseitigt. Ebenjowenig werden dadurch unsere Forderungen hinfällig. Was Sie erreichen, ist das Gegenteil. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln, um früher oder später doch zu dem uns gesteckten Ziel zu kommen. Durch die Ablehnung unserer Anträge gefährden Sie jedoch den Erfolg des großen Werkes der Unfallverhütung, zu dessen Förderung wir hier zusammengekommen sind.“

Daß Genosse Sachs mit seiner Behauptung recht hat, gab in einer seiner Reden der englische Unternehmervertreter Forbes Watson klipp und klar zu, indem er sagte: „Die Arbeitgeber können keinerlei Einmischung der Arbeitnehmer zulassen, weder auf dem Wege von Sicherheitsausschüssen noch auf andere Weise. Denn dies würde eine Einmischung in die Betriebsleiterfunktionen und Verantwortung des Unternehmers bedeuten.“

Diese Stellungnahme bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß es sich die Unternehmer auch weiterhin nicht nehmen lassen, jedes Jahr Millionen von Arbeitern, je nach ihrem Gutdünken, in ihren Betrieben umkommen oder verstümmeln lassen. (383.)

Aus unserm Beruf

Kollege Hütsch 60 Jahre.

Der Kollege Josef Hütsch, Filialleiter in Darmstadt, hat, wie wir post festum erfahren, seinen 60. Geburtstag feiern können. Kollege Hütsch ist durch seine rege Mitarbeit an unserm Berufsleben einem großen Kreis von Mitgliedern bekannt. Er zählt mit zu den Älten, steht er doch schon 38 Jahre in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung und ist heute noch so rührig bei der Arbeit wie ehedem. Wir erbieten unserm lieben Freund die besten Glückwünsche in der Hoffnung, daß er noch lange Jahre in voller Frische weiter wirkt.

Aus Thüringen.

Vom 18. bis 23. Juni waren von unserm Bezirksleiter, Kollegen Vogt, für Nordhausen, Eisenach, Gotha, Jena, Weimar und Erfurt Versammlungen angefaßt, in denen Kollege Mark, Hamburg, über das Thema „Entwicklungsgeschichtliches aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter besonderer Berücksichtigung unserer Berufsorganisation“ referierte. Der Referent setzte voraus, daß jedem Gewerkschaftskollegen seine Geschichte interessieren müsse, sei dies die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung die Geschichte der Arbeit überhaupt. Bis weit in die Vergangenheit hinein lassen sich die Anfänge gewerkschaftlicher Bewegung verfolgen. In großen Kämpfen gab er ein Bild von den ersten Anfängen der Bewegung bis zur Gegenwart und Weiterentwicklung der heutigen modernen Gewerkschaftsbewegung, wobei er vor allem den geschichtlichen Zusammenhang unserer Verbände und der einzelnen Filialen in ihre Beziehungen einbezog. Hart und mühsam war der Weg, nur langsam konnten sich die freien Gewerk-

schaften entwickeln. Unendliche Schwierigkeiten wurden ihnen von den Behörden, von Polizei und Unternehmern in den Weg gelegt. Viele Male haben die Kollegen Fachvereine errichtet, ebensooft wurden sie brutal niedergeschlagen, aufgelöst. Das Recht der korporativen Interessenvertretung erkannten die Scharfmacher in den Unternehmerräumen nur für sich an, die Arbeiter galten für sie als die willenlosen Untergebenen, die nichts zu fordern, nur zu gehorchen hatten. Jede Anerkennung einer Gleichberechtigung zwischen Arbeitern und Unternehmern war ausgeschlossen. Jahre hindurch schien die Pionierarbeit der kleinen Zahl aufgeklärter Arbeiter eine nutzlose zu sein; aber der Aufstieg der Arbeiterklasse war nicht mehr zu verhindern. Er vollzog sich unter den verschiedensten Formen, mal schneller, dann wieder langsamer; die Arbeit führte nach jahrzehntelangen Kämpfen zu Erfolgen, wenn auch viele der wackersten Streiter auf der Strecke geblieben waren. Und blicken wir heute von unserm errungenen Standpunkt aus auf die letzten 60 Jahre zurück, so muß konstatiert werden, daß unsere Gewerkschaftsbewegung im Kern ihres Wesens bleibt, was sie war und wie sie war: ein steter Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, ein Kampf um bessere Gestaltung unseres wirtschaftlichen Daseins, ein Kampf um die Hebung des Kulturlevels der schaffenden Arbeit. In Hand zahlreicher Beweise stellte der Redner die Verhältnisse in unserm Gewerbe vor 40 Jahren dar, wo in vielen Orten Deutschlands noch keine Organisation vorhanden war, oder sie sich erst in ihren Anfängen bewegte, um sie in Vergleich zu stellen mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die kraft unseres Verbandes errungen wurden. An diesem Spiegelbild von einst und jetzt lasse sich nichts deuteln, es zeige den fortgeschrittenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg unserer deutschen Kollegenschaft auf Grund einer zielbewußten Verbandsstätigkeit. Darum müsse jeder Kollege aus innerster Ueberzeugung all seine Kräfte für den weiteren Aufbau unseres Verbandes einsetzen; denn das Wohlergehen unserer Berufsgenossen, ihre weitere Aufwärtsbewegung in der menschlichen Gesellschaft hänge nur von der Stärke und von der Macht unserer gewerkschaftlichen Organisation ab.

Die Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Der Eindruck, den der Referent sonst noch in den einzelnen Filialen gewann, war durchweg ein guter. Ueberall konnte von den Ortsverwaltungen berichtet werden, daß es vorwärts geht, daß in den letzten Monaten ansehnliche Mitgliederzunahmen zu verzeichnen sind. Besonders günstig hat sich die Entwicklung in Erfurt und Nordhausen entfaltet, und es bestärkt sich die alte Erfahrung, wo eine tüchtige Verwaltung am Platze ist, die mit den Mitgliedern Hand in Hand zu arbeiten versteht, die in jeder Situation ein gutes Vorbild gibt, da muß es vorwärtsgehen. In Nordhausen hat sich im 1. Quartal der Mitgliederbestand von 128 auf 188 erhöht. Unsere Jugendgruppe ist von 28 auf 43 angewachsen. Ein schönes Bild war es, wie in Nordhausen und Erfurt unsere jugendlichen Freunde geschlossen in den Versammlungen vertreten waren. — In Thüringen wohnen viele Kollegen, oft stundenweit von den Filialen entlegen, auf dem Lande. Das erschwert in besonderem Maße eine durchgreifende Werbearbeit. Wenn trotzdem überall Neuaufnahme gemacht wurden — so hat auch S o t h a, wo der größte Teil der Mitglieder auf dem Lande wohnt, 120 neue Mitglieder in diesem Frühjahr gewonnen —, so zeugt das von einem guten Stamm von Mitgliedern in unsern thüringischen Filialen, die sich ihrer Aufgaben vollbewußt sind. Es zeugt auch von dem guten Geist, der die verantwortlichen Stellen beseelt.

Nun heißt es, die gewonnenen Mitglieder aufzuklären und zu festigen, damit es desto besser gelingt, die immer noch fernstehenden, gleichgültigen und mangelmächtigen Arbeitsbrüder dem Verbands einzureihen. Treuer Mitarbeit aller Kollegen bedarf es, damit in der nächsten Zeit wieder von weiteren Erfolgen aus dem schönen Thüringer Ländchen berichtet werden kann.

Jetzt alle auf, Kollegen!
Sich jeder seinen Mann!
Helft neue Saat zu legen,
Spannt alle Kräfte an!

Tarifabschlüsse in Oberschlesien.

In den Jahren der wildesten Inflation hatten die niederdrückenden wirtschaftlichen Einflüsse das Verbandsleben in einigen Städten, wo seit langem Filialen und Zahlstellen unserer Organisation bestanden, stark gestört und ihre Auflösung hervorgerufen. In Oppeln, Ratibor, Kreuzburg, Neustadt, O.-S., überall versagte in der tiefsten wirtschaftlichen Depression der Organisationsgedanke der anständigen Kollegenschaft.

Die Folgen äußerten sich bald nach der Stabilisierung, die Arbeitgeber bestimmten nun allein die Löhne, die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitszeit. Wie sehr der Unternehmereinfluß gestiegen und wie ohnmächtig die Hilfenschaft war, zeigen die Löhne, die bis Juli dieses Jahres gezahlt wurden. Die Arbeitgeber huldigten dem Prinzip der Leistungslohne und stakelten lustig darauf los; Oppeln zahlte 50 bis 75 %, Ratibor 50 bis 70 %, Kreuzburg und Neustadt ebenso. Die Löhne der Anstreicher zeigten eine willkürlich erzeugte große Spannung an den Gehilfenlöhnen gemessen. Die Entlohnungsform äffnete der Willkür Tor und Tür und unter dem Deckmantel des freisorgenden Unternehmers, der sich Nähe gibt, Arbeit für seine Gehilfen zu beschaffen, konnte jahrelang bei einigermaßen guter Kalkulation sehr gut verdient werden.

Im Vorjahre gelang es, in Oppeln eine Zahlstelle zu errichten und nach mehreren Versuchen wurden wieder 30 Kollegen gewonnen, die im Laufe des Jahres weiter arbeiten, um die Stärke der Organisation zu verdoppeln. In Ratibor und Kreuzburg wurde im März dieses Jahres die Organisation ebenfalls wieder aufgerichtet und Zahlstellen der Filiale Breslau geschaffen. Auch in Neustadt gelang es, den Bestand der Zahlstelle zu heben und die Mehrzahl der dort beschäftigten Kollegenschaft für uns zu interessieren.

Nach diesen Organisationsbildungen mußte nun auch für die obereschlesische Kollegenschaft gesorgt, die willkür-

lichen Lohnverhältnisse mußten wieder vernünftig geregelt werden. Wir erluchten schon in den ersten Monaten dieses Jahres den Vorstand des Schlesischen Malerverbandes, sich Vollmachten aus den obereschlesischen Städten zu verschaffen, damit bei den kommenden Verhandlungen über das niederschlesische Lohngebiet die Oberschlesien einbezogen werde. Hier hat aber die Leitung des Schlesischen Malerbundes versagt, denn der Vorsitzende erklärte bei den Verhandlungen am 30. April, daß für Oberschlesien nicht verhandelt würde.

Die Filialleitung Breslau reichte nun an die Zwangsinnungen Forderungen ein. Nach einigen Schriftwechseln die mit Ausnahme von Neustadt zu keiner freiwilligen Verhandlungsmöglichkeit führten, mußte der Schlichtungsausschuß Oppeln anrufen werden. Am 25. Mai verhandelte Kollege Wagner, Breslau, mit der Neustädter Zwangsinnung und konnte erreichen, daß ein Lohnabschluß geschlossen wurde. Der Lohn wurde vom 28. Mai bis 27. September für Gehilfen auf 80 %, für Anstreicher auf 78 % festgelegt, und vom 28. September bis 30. April 1929 um weitere 3 % erhöht. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, sofort dem Schlesischen Malerbunde beizutreten, so daß auch vom Tage des Beitritts der schlesische Landetarifvertrag Geltung für Neustadt (O.-S.) besitzt, was zwischen eingetreten ist.

Am 14. Juni fanden nun unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Magen die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Oppeln statt. Die Herren Arbeitgeber zeigten sich zuerst sehr weisfremd und lehnten ab mit dem Verbands der Maler zu verhandeln. Sie argumentierten damit, daß in den 3 Städten gar keine Gehilfen organisiert wären und daß die Löhne auch in Zukunft von der Innung und dem Gehilfenausschuß bestimmt würden. Erst nach erheblichen Schwierigkeiten gelang es die eigentlichen Sachberatungen zu beginnen. Unsere Forderungen für die Innungsbezirke Oppeln, Kreuzburg und Ratibor wurden vom Kollegen Wagner, Breslau, auf die eindringlichste vertreten. Es gelang nach dreieinhalbständigen Verhandlungen, eine Einigung auf der ganzen Linie zu erzielen. Der Schlesische Landetarifvertrag tritt mit dem 1. Juli für alle Orte in Kraft. Die Löhne wurden für Oppeln auf 88 % für Gehilfen, 80 % für Anstreicher mit Geltung bis 30. April 1929 festgelegt. Der Maurerlohn ist beinahe erreicht. Für Ratibor und Kreuzburg wurde vereinbart, daß der Lohn für Gehilfen 77 % und für Anstreicher 70 % beträgt, mit der Geltung bis 30. September 1928; in Kreuzburg ist damit der Maurerlohn erreicht, in Ratibor sind wir etwas darunter geblieben. Damit ist wieder für 4 wichtige obereschlesische Innungsbezirke ein Tarif geschaffen worden, der ein Etappe zur Erfassung aller obereschlesischen Städte darstellt. Bei der Bewertung der Lohnergebnisse muß man die obereschlesischen Lohnverhältnisse betrachten, die infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage des südöstlichen Grenzgebietes Deutschlands, und der ungünstigen Organisationsverhältnisse im allgemeinen weit unter dem Niveau der Lohnverhältnisse des übrigen Schlesiens und des Reiches liegen.

Die tariflichen Festlegungen bringen im Durchschnitt den Kollegen eine Lohnerhöhung von 12 %. Die obereschlesischen Kollegen werden dies zu bewerten wissen und alle Kraft einsetzen, um die Vereinbarung auch wirklich durchzusetzen; die sonstigen vertraglichen Bestimmungen des Manteltarifs werden ebenso das Arbeitsverhältnis günstig beeinflussen.

Nun gilt es, in allen Werkstellen zu arbeiten, daß die Löhne auch bezahlt werden, daß die noch Außenstehenden für die Organisation gewonnen werden. Gelingt es, bis zur nächsten Verhandlung eine Stärkung der Organisation herbeizuführen, werden weitere Erfolge nicht ausbleiben. Darum, obereschlesische Kollegen, werbt mit Wärme und Nachdruck für den Verband, damit eure Verhältnisse würdiger gestaltet werden können.

Berufsunfälle

Dresden. Der Kollege Oswald Neuberger, der bei der Firma Lämmel mit Fensterstreichen beschäftigt war, trat verheerend neben das Fensterbrett und stürzte auf den Fußboden. Obwohl der Sturz gar nicht hoch war, zog sich der Kollege einen Knöchelbruch zu, der ihn schon mehrere Wochen erwerbsunfähig macht. Man ersieht hieraus, wie vorsichtig Kollegen bei allen Arbeitsverrichtungen sein müssen.

Breslau. Der bei der Malereigesellschaft beschäftigte Kollege Kurt Pollak erlitt am 12. Juni bei dem Transport eines Farnefasses in der Siedlung Zimpel durch Absturz von der Kellertreppe einen schweren Oberschenkelbruch und innere Blutungen. Er mußte in schwererletem Zustand ins Krankenhaus transportiert werden. — Von der untersten Lage eines Gerüstes bei dem Anstrich einer Fassade stürzte der Kollege Max Heinrich ab und erlitt einen doppelten Bruch des linken Armes. Der Kollege, der schon im 65. Lebensjahre steht und trotz seines Alters noch immer Gerüstarbeiten ausführte, ist durch diesen Unfall ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen, da für ihn schlimme Folgen aus der Verletzung für die Zukunft entstehen können.

Wir wünschen diesen beiden gut organisierten Kollegen eine recht baldige Wiederherstellung.

Baugewerbliches

Was ist Grundrente? Grundrente ist ein Einkommen aus Bodenwerten, das ohne Arbeitsaufwand desjenigen entsteht, dem es zufließt. Diese kurze Erklärung begründet unter Beigabe eines erläuternden Schaubildes kurz und sachlich Regierungsrat Genosse Otto Albrecht in dem soeben erschienenen Heft 12 der „Sozialen Bauwirtschaft“. Der bekannte Bodenreformer, Genosse Victor Noack, schildert in einem weiteren Aufsatz „Der Kampf um die Bodendrechte“ die Bestrebungen der Bodenspekulation, diese unverdiente Rente zu ihren Gunsten zu steigern, statt sie zugunsten der Allgemeinheit so niedrig wie möglich zu halten. Beide Aufsätze sind volkstümlich geschrieben. Sie

treffen den Kern der Sache. Ein anderes wichtiges Gebiet der Wohnungsfürsorge ist die wohlfeile Kapitalbeschaffung für den Wohnungsneubau. Hierüber schreibt in dem Heft ein alter Baugenossenschaftler, der Generalsekretär der Deutschen Gartenstadigesellschaft, Adolf Otto, unter Hervorhebung der neueren Bestrebungen, billigen Hypothekarkredit durch Versicherungsabschlüsse zu erreichen. Da in der Tagespresse diese Bestrebungen in der Regel zu einseitig vom Standpunkt der Versicherungsgesellschaften aus zur Darstellung gekommen sind, ist die Behandlung dieser Frage vom Standpunkt des Baugenossenschaftlers aus zu begrüßen. Auch das wichtige Gebiet der Baukosten wird in einer kurzen Abhandlung erörtert. Die Bauauftraggeber, die bei den Baukosten nur die erste Forderung und nicht die Zukunftsausgaben für die notwendige Instandhaltung berücksichtigen, handeln nicht im Interesse der Bewohner. Anfänglich höhere Baukosten können sehr wohl durch bessere Arbeit und Verwendung besserer Baustoffe begründet sein. Eine Kostenfrenkung zugunsten der Arbeit und Baustoffe oder des zu schaffenden Wohnraumes ist abzulehnen und dafür die Rationalisierung des Arbeitsvorganges zugunsten der zukünftigen Bewohner anzubahnen, wie das von den Bauhütten mit immer größerem Erfolg geschieht. Die Beschäftigung der Bauhütten war auch im April befriedigend. In 140 Betrieben arbeiteten in diesem Monat 18 802, mithin je Betrieb 120 Arbeiter und Angestellte. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren je Betrieb 119 Arbeiter und Angestellte tätig. Die „Soziale Bauwirtschaft“, vierteljährlich sechs Hefte, Bezugspreis 4,50 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,25 M., verdient die weiteste Verbreitung in Kollegenkreisen.

Erfolgreiche Tätigkeit einer gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft.

Eine der größten Zweiggemeinschaften der „Demog“, die Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-Mittelgesellschaft (Gehag), Berlin, legt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1927 vor. Die Tätigkeit der „Gehag“ im verfloffenen Jahre war außerordentlich fruchtbringend. Es konnten nicht weniger als 1269 Wohnungen gebaut werden. Und dies trotz der Schwierigkeiten, die dem Wohnungsbau bezüglich der Finanzierung usw. entgegenstanden. Es wurden sowohl Mehrfamilien- als Einfamilienhäuser gebaut. Die Größe der Wohnungen ging bis auf 1 1/2 Zimmer zurück. Die „Gehag“ war bemüht, die Typisierung und Normalisierung zu fördern. Daneben hat sie versucht, in der Gestaltung der Wohngelegenheit den Errungenschaften der modernen Zeit Rechnung zu tragen. Die „Gehag“-Siedlungen in Berlin sind Musterleistungen, die den Anziehungspunkt zahlreicher Besucher aus europäischen und außereuropäischen Ländern bilden. Die Besucher sind des Lobes voll über die solide Bauweise, die praktische Raumeinteilung, den modernen Stil usw. Dem Deutschen Museum in München wurde das Modell einer „Gehag“-Siedlung vorübergehend zur Verfügung gestellt, worauf folgendes Schreiben an die „Gehag“ gerichtet wurde: „Wir danken Ihnen herzlich für Ihre gütige Unterstützung und bemerken, daß Modell und Plan in unserm Saale Siedlungsanlagen aufgestellt sind und alleseitige Anerkennung und Bewunderung finden. Da wir das schöne Modell unter keinen Umständen mehr in unserer Sammlung vermissen möchten, erlauben wir uns die Nachfrage, ob dem Deutschen Museum das Modell dauernd überlassen werden könnte.“

Das ist ein Lob aus berufenem Munde. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Das Aktienkapital der „Gehag“ wurde im verfloffenen Geschäftsjahre von 450 000 auf 500 000 M. erhöht. Die Bilanz schließt auf beiden Seiten des Hauptbuches mit 9 160 833,16 M. ab. Aus dem Reingewinn in Höhe von 13 467 M. wird eine Dividende von 5 % zur Verteilung gebracht. Der Rest wird auf dem geschlossenen Reservefonds beziehungsweise dem Erneuerungsfonds gutgebracht oder auf neue Rechnung vorgetragen. Die Baufruchtbarkeit der „Gehag“ in den Jahren 1924/27 geht aus folgenden Zahlenangaben hervor. Wohnungen wurden gebaut: 1924 118, 1925 1064, 1926 1204 und 1927 1269, insgesamt 3655. Davon lagen in Mehrfamilienhäusern 2179 und in Einfamilienhäusern 1476. Von diesen Wohnungen waren insgesamt 2117 Kleinwohnungen bis zu 2 1/2 Zimmer. Die „Gehag“ hat nicht allein für eigene Rechnung gebaut, sondern sie hat auch zahlreiche Bauvorhaben für die Stadt Berlin durchgeführt. Die Stadt Berlin ist dabei sehr gut gefahren. Die „Gehag“ hat eine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit seit ihrem Bestehen ausgeübt. Geschäftsführer der Gesellschaft ist der bekannte Kollege Franz Gutschmidt. Die Gewerkschaften können stolz auf solche Gründungen sein.

Gewerkschaftliches

Die Tarifverträge für die technischen Angestellten.

Wie weitgehend die Angestellten, insbesondere auch in technischen Berufen, bereits von Tarifverträgen erfasst werden, dafür bringt der jüngste Bericht des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Buat), der dem Bundeskongress in München vorgelegt wurde, ausführliche Mitteilungen. Tarifverträge, an denen der Buat mitgewirkt hat, bestanden Ende 1927 nicht weniger als 305 an Zahl; sie erstreckten sich auf 62 248 Betriebe und erfassen mehr als eine halbe Million Angestellte in der Industrie, im Bergwerke, im Bergbau und bei öffentlichen Betrieben. Aus dem außerordentlich ausführlichen Bericht kann man wohl ersehen, welche Arbeit der Buat bei der Gestaltung der Tarifverträge zu leisten hatte, um die Interessen der Mitglieder in Fragen des Gehalts, der Arbeitszeit, der Ueberstundenentlohnung usw. zu schützen. Der Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen Tarifverhandlungen ist bereits zum großen Teil überwunden, da jetzt durch Entscheidung des Reichsgerichts die sogenannte „gewollte Tarifunfähigkeit“ endgültig zugunsten der von den Gewerkschaften vertretenen Auffassung entschieden wurde, daß es eine solche gewollte Tarifunfähigkeit überhaupt nicht gebe, weshalb sich die Unternehmerverbände vor Tarifvertragsverhandlungen nicht drücken können. Beachtenswert sind die Ausführungen des Buat in bezug auf die Frage der Verbindlichkeit von Schiedssprüchen. Dazu

wird zunächst festgestellt, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl aller tarifvertraglichen Vereinbarungen nicht durch Verbindlichkeitserklärung, sondern entweder durch freie Abmachungen der beteiligten Parteien oder durch beiderseitige Zustimmung zu einem Schiedsspruch zustande gekommen ist, und daß demgegenüber die Zahl der für verbindlich erklärten Schiedssprüche recht gering ist. Dabei kommt es sehr häufig vor, daß dieselben Arbeitgeberverbände, die gegen das behördliche Lohnulikat so heftig wettern, es nicht verschmähen, selbst die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen, wenn diese ihren Interessen entspricht. Andererseits vermochten aber die Arbeitnehmer ihre durch die Erstarkung der Gewerkschaften verbesserte Lage häufig nicht anzunehmen. Die verbindlich erklärten Schiedssprüche haben sich keineswegs immer zugunsten der Arbeitnehmer ausgewirkt. „Besonders in jüngster Zeit hat sich die Zahl der Fälle bedenklich gemehrt“, so heißt es im Bericht, „in denen amtliche Schlichtungsorgane ihre Befugnisse zur Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in Tarifstreitigkeiten dazu benutzten, um gewerkschaftliche Arbeitskämpfe gegen den Willen der beteiligten Gewerkschaften zu verhindern oder ihren Abbruch unter Bedingungen zu erzwingen, die von den beteiligten Arbeitnehmern als gänzlich unzufriedenend angesehen wurden. Diese Entwicklung zwingt auch die Gewerkschaften, sich erneut mit allem Ernst mit der Frage der künftigen Gestaltung des amtlichen Schlichtungswesens, vor allem aber mit der Frage der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zu beschäftigen. Sie können unter keinen Umständen eine Entwicklung dulden, die auf die Dauer zu einer Aufhebung des Streikrechts zu führen droht.“

Unrichtige Auswertung der Arbeitslosenzyiffer.

Die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger, die in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenunterstützung geführt werden, sind keineswegs die Gradmesser des Arbeitsmarktes. So hat nach dem Landesarbeitsamt der Rheinprovinz in der Zeit von Mitte Mai bis Mitte Juni nach den veröffentlichten Zahlen der Zugang von Arbeitslosen in der Rheinprovinz den Abgang der nicht mehr Unterstühten um 3548 überstiegen. Die Letzgenannten sind aber nicht etwa alle der Arbeit neu zugeführt worden, denn es befanden sich unter den aus der Arbeitslosenversicherung Auscheidenden 5788 Menschen, die, ohne Arbeit gefunden zu haben, lediglich infolge Fristablaufs aus der Arbeitslosenversicherung keine Unterstützung mehr beziehen konnten. Im ganzen hat also die Beschäftigungslosigkeit in diesem Beispiel eine Erhöhung erfahren, die um mehr als 100 % größer war, als im Bericht ausgewiesen wurde. Man muß also sehr vorsichtig sein, wenn man die Arbeitsmarktlage an Hand der Ziffern der unterstützten Arbeitslosen beurteilen will.

Lehrlingszucht in der Industrie.

Es nähert sich der Zeitpunkt, wo die arbeitende Jugend knapp zu werden beginnt. Deshalb werden in den nächsten Jahren Lehrstellen genügend zur Verfügung stehen. Daß es aber noch heute Industrie- und Handwerksbetriebe gibt, die eine übermäßig große Zahl von Lehrlingen, namentlich im Verhältnis zu den Gesellen, beschäftigen, ist allgemein bekannt. Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Ortsausschusses Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der eine Fülle von Material über die wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Verhältnisse enthält, bringt unter der Ueberschrift „Lehrlingszucht in der Industrie“ Beispiele, wie manche Betriebe mit Lehrlingen überfetzt sind. Das beweisen folgende ziffernmäßige Angaben:

59 erwachsene Beschäftigte	40 Lehrlinge
10 "	11 "
36 "	56 "
140 "	68 "
6 "	20 "
204 "	63 "
28 "	20 "
32 "	47 "
37 "	36 "
35 "	28 "
215 "	140 "
16 "	16 "

Es handelt sich hier vornehmlich um Betriebe in der Metallindustrie. Daß es auch in andern Industrie- und Gewerbebezügen ähnlich liegt, dürfte nicht unbekannt sein. Es wird Zeit, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Genossenschaftliches

Der Volksfürsorge.

Entwicklung zum Großunternehmen.

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, so scheint die Volksfürsorge aus dem Stadium bloßen Aufbaues endgültig heraus zu sein und sich in ruhiger und stetiger, von keiner Krise mehr bedrohter Entwicklung zum Großunternehmen auszuwachsen; denn sonst wären die großen Erfolge einer immer mehr in die Breite und Tiefe gehenden Organisation angesichts der noch immer anhaltenden Wirtschaftskrise und einer überaus scharfen Konkurrenz im Versicherungsgewerbe, vor allem des Kleinversicherungsgewerbes, nicht zu erklären. Die jahrelange, zähe, von manchem Mißerfolg begleitete, auf zahlreiche Hemmungen stoßende Organisationsarbeit beginnt ihre Früchte zu tragen und sich fast automatisch auszuwirken. Nicht zuletzt trägt ein hohes Verdienst daran die immer geschlossener wirkende Arbeit draußen im Lande, die, sich stützend auf zunehmende Erfolge, immer weiter ausgreift und höchste Erwartungen rechtfertigt.“ — Mit diesen Worten wurde der Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1927 der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft eingeleitet. Brachte das Jahr 1927, das für das Versicherungsgewerbe allgemein zu weiterer Festigung führte, für die Volksfürsorge, die außerordentlich gut fundiert ist, überraschende Fortschritte, so werden diese aller Voraussicht nach durch die Erfolge des Jahres 1928 noch weit übertraffen. Schon die Entwicklung im ersten Hal-

jahr 1928 läßt darauf schließen, wie die folgende Uebersicht zeigt:

Jahr	Versicherungsanträge	Versicherungsbestand	
		Pollizen	Reserven
1926	251 371	733 738	246,7
1927	376 668	1 039 726	388,7
1928 (1. Halbj.)	255 609	1 200 000	475

Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind zur Regulierung von Sterbefällen 783 000 M. ausgezahlt worden, insgesamt seit November 1923 (Umstellung auf wertbeständige Basis) 4 Millionen Mark.

Den größten Teil der eingegangenen Prämien (in diesem Jahre werden es etwa 25 Millionen Mark sein) muß die Volksfürsorge als Prämienreserve für die Versicherten anlegen, um bei Fälligkeit die garantierten Versicherungssummen einschließlich der Gewinnanteile (in den letzten Jahren 25 % der gewinnberechtigten Jahresprämie) ausbezahlen zu können. Diese Reserven finden vornehmlich Anlage in erstklassigen Hypotheken auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Grundbesitz. Mit den übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeiterbewegung und deren Zentralinstanzen steht die Volksfürsorge daher in engster Zusammenarbeit.

Die Fleischversorgung im genossenschaftlichen Tätigkeitsgebiet.

Eine der wichtigsten, vom Dresdner Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine behandelten Materien der Warenversorgung bildete die Fleisch- und Frischwurstversorgung seiner nahezu drei Millionen Mitgliederfamilien. Welche Bedeutung dieser Sache zukommt, ergibt sich daraus, daß 12,5 % des Einkommens auf die Ausgabe für Fleisch- und Frischwurst entfallen. Davon müßten also bei rund 2 Millionen kaufender Mitglieder und einem jährlichen Gesamteinkommen von 4,82 Milliarden Mark 540 Millionen Mark an Ausgaben für Fleisch und Wurst entfallen; es sind aber nur etwa 140 Millionen Mark im Jahr, da nur 100 Fleischereibetriebe in den großen und mittleren Konsumgenossenschaften vorhanden sind. Bei dem heutigen Stand des Verdienens im Fleischereigewerbe müßte bei einer konsumgenossenschaftlichen Fleisch- und Wurstwarenversorgung eine Ersparnis von mindestens 50 Millionen Mark allein an diesem notwendigen Nahrungsmittel erzielt werden.

Die Sache ist insofern in ein lebhafteres Stadium der Entwicklung getreten, als die Großhaukaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg durch die Uebernahme der riesigen Oldenburgischen Fleischwarenfabrik Wöhl u. Co., an der sich übrigens der frühere Großherzog von Oldenburg als Aktionär die Finger mit einigen Millionen (man spricht von 6 bis 8 Millionen) Mark „verbrannt“, in der Lage ist, den riesigen Fleisch- und Frischwurstbedarf von drei Millionen konsumgenossenschaftlich organisierten Familien zu zentralisieren; das heißt, von einer etner Stelle aus bis nach Süddeutschland die Versorgung zu übernehmen, indem in den einzelnen Landesstellen Bezirkszentralen errichtet werden, die mit entsprechenden Produktions-, Kühl- und Verkaufseinrichtungen die Zuteilung an die einzelnen Konsumgenossenschaften übernehmen, nachdem ihnen von der Hauptzentrale der Großhaukaufs-Gesellschaft die entsprechenden Mengen zugesandt sind. Welche Entwicklung sich hier anbahnt, zeigt der Umstand, daß die Großhaukaufs-Gesellschaft im Jahre 1910 erst für 400 000 M., 1914 für 900 000 M., 1927 für 15 Millionen Mark Fleisch- und Wurstwaren an die Konsumgenossenschaften lieferte; im Jahre 1928 wird der Lieferungsbedarf auf 25 bis 30 Millionen Mark berechnet.

Die Lösung dieses Problems der zentralisierten Fleisch- und Wurstversorgung für einen Abnehmerkreis von drei Millionen Familien, die mit ihren Angehörigen 12 Millionen Menschen oder 20 % der deutschen Gesamtbevölkerung umfassen, ist nicht nur ein konsumgenossenschaftlicher, sondern von allgemein volkswirtschaftlicher Bedeutung. Dies zeigt sich darin, daß die Kosten der von der Großhaukaufs-Gesellschaft bereits projektierten Errichtung einer Bezirkszentrale in Frankfurt a. M. rund 500 000 M. erfordern werden. Würde zum gleichen Zweck von einem kapitalistischen Unternehmen oder von den Konsumgenossenschaften des gleichen Bezirks eine selbständige Bezirkszentrale errichtet, so wäre ein Anlagekapital von rund 4 Millionen Mark, also das achtfache des ersteren Betrags, erforderlich. Ein Betrag, der sehr wesentlich die Produktionskosten und damit die Rentabilität beeinflusst. Da es seit der Entwicklung der industriellen Produktion ein stehender ökonomischer Lehrsatz ist, daß die Volkswirtschaft die beste ist, die mit dem geringsten Aufwand an Mitteln die größte wirtschaftliche Leistung erzielt, so liegt die Folgerung aus den Tatsachen der zentralisierten konsumgenossenschaftlichen Fleisch- und Wurstversorgung auf der Hand: sie ist dem Privatkapital unbedingt überlegen, und zwar deshalb, weil sie nicht für den „offenen Markt“ mit einer von den Verbrauchern zu zahlenden Restkopprämie arbeitet, sondern für den geschlossenen festen Absatzmarkt genossenschaftlich organisierter Verbraucher. Ein „Geheimnis“, hinter welchem sich sowohl die starke Entwicklung der Konsumgenossenschaften, wie die ihrer Großhaukaufs-Gesellschaft „verbirgt“. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften können durch starken Warenumsatz bei ihren eigenen Unternehmungen sehr viel zu einem starken Entwicklungstempo ihrer Volkswirtschaft beitragen. ff.

Sozialpolitisches

Preisfrenkung ist notwendig.

Wie nach den beiden Messen des Jahres 1927, so hat auch im Anschluß an die Leipziger Frühjahrsmesse 1928 das Institut für Konjunkturforschung in Verbindung mit dem Leipziger Messamt eine enquetemäßige Befragung der deutschen Aussteller über den Verlauf und Erfolg der Frühjahrsmesse 1928 durchgeführt. Die Untersuchungen haben ergeben, daß sich Auftragseingang und Kundenwerbung gegenüber den beiden vorjährigen Messen überhaupt und vielfach noch verbessert haben. Die Erhebungen haben zu der Feststellung geführt, daß im Inlandsgeschäft die geforderten und zum Teil gegenüber der letzten Messe erhöhten Preise vielfach von der Kundschaft

bewilligt wurden, allerdings nur nach Einräumung ver- längerter Zahlungsfristen. Im Auslandsgeschäft dagegen hat sich die Preisstellung auf der Messe als zu hoch erwiesen. Nach eingehenden Untersuchungen kommt das Institut für Konjunkturforschung zu dem Ergeb- nis, daß sich für die industrielle Fertigung zwei Wege zur Ueberwindung der Exporthemmnungen bieten: einmal die Herstellung hochwertiger Qualitätsware und ferner die Preislenkung durch rationelle Serienzuegung. Auch über die Umsätze auf der Leipziger Frühjahrsmesse sind nach verschiedenen Methoden Erhebungen angestellt wor- den, nach denen der Betrag von 1 Milliarde Reichsmark als untere Grenze der auf der Messe getätigten Aufträge angesehen werden muß. Dieser Betrag stellt allerdings nur die untere Grenze dar, weil auf der Messe teilweise nur Probeaufträge erteilt werden, die bei befriedigendem Ausfall später zu endgültigen Bestellungen führen.

Die Folgen der Rationalisierung in den Vereinigten Staaten.

Mit dem Fortschreiten der Rationalisierung der Pro- duktion wird die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten in wachsendem Maße von deren schlimmen Folgeersei- nungen betroffen: Lohnherabsetzungen, Ueberstunden und Kurzarbeit auf der einen, steigende Arbeitslosigkeit mit völliger Unsicherheit der Existenz auf der andern Seite. Wie einheitlich sich diese Entwicklung in den verschiedensten Industriezweigen und Teilen des Landes ausprägt, dafür zeugen die Beobachtungen des amerikanischen Volkswirt- schaftlers Professor Scott Nearing auf seiner kürzlich unternommenen Studienreise durch zwanzig der bedeu- tendsten Industriezentren der Vereinigten Staaten. Scott Nearing, der durch seine aufrechte pazifistische Haltung während des Weltkrieges, die ihm die Entfernung von dem Lehrstuhl an der Universität Pennsylvania eintrug, und durch sein Buch „Dollardiplomatie“ weissen Kreisen bekannt ist, zeichnet das gegenwärtige Wirtschaftsbild der Vereinigten Staaten wie folgt: „Überall werden Men- schen durch Maschinen ersetzt. In den Zentren der Stahl-, Gummi-, Automobil-, Textilproduktion — überall das gleiche Bild. Ungeheure Kapitalien werden für Erfindung neuer arbeitssparender Einrichtungen ausgegeben. Diese arbeitssparenden Einrichtungen steigern die Leistungsfähig- keit der Produktion. In vielen Fabriken ist die Kurzar- arbeit eingeführt, ganz besonders in der Textil-, Schuh- und Bekleidungsindustrie. In der Automobil- und Gummi- industrie ist der Beschäftigungsgrad etwas besser — aber selbst diese Industrien mit ziemlich hohem Produktions- stand vermögen ihre Produktion mit einer dauernd zurück- gehenden Arbeiterzahl zu bewältigen. Was die Ar- beitszeit anlangt, so ist die Neigung zu deren Ver- längerung festzustellen. Die Arbeiter legen freiwillig Ueberstunden ein, um sich und ihre Familien erhalten zu können. So ist in Detroit der Achtstundentag in den Fabriken praktisch so gut wie verschwunden, an seine Stelle sind Arbeitszeiten getreten, die den Arbeitern je- weils die Erreichung des Existenzminimums gestatten. Arbeitssparende Maschinen, Kurzarbeit und Arbeitszeitver- längerung bedeuten aber Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig sind in den Vereinigten Staaten etwa vier Mil- lionen Personen arbeitslos. Von der Arbeitslosigkeit werden die Ungelernten, besonders auch die Einwanderer und die Neger, schwerer betroffen als die gelernten Ar- beiter. Die Löhne der Ungelernten werden herabgesetzt. Selbst Gewerkschaftsmitglieder sind gezwungen, Arbeit bei Unternehmern, die sich nicht an die Tarifbestimmungen halten, unter Tariflohn anzunehmen. — Auf der andern Seite geht es den Aktienbesitzern, den Couponschneidern und andern Ausbeutern immer besser: sie fahren bessere Automobile, bauen sich vornehme Häuser und leben luxuriöser als früher. Nicht einmal in den Tagen der Kriegsgewinne ging es ihnen so gut wie heute. Dieses Bild kennzeichnet eine durchaus ungesunde Lage. Bis zum Jahre 1927 fanden die Vereinigten Staaten noch unter den Nachwirkungen der Kriegskonjunktur, die in den andern Ländern bereits lange aufgehört hatte. Jetzt ist auch in den Vereinigten Staaten deren Ende erreicht. Im Jahre 1928 kehrt die amerikanische Wirtschaft mit raschen Schrit- ten zum kapitalistischen Normalzustand zurück: riesige Pro- fite der Großunternehmungen, übermäßiger Aufwand der besitzenden Klassen und der in leitenden Stellungen stehen- den — gesteigerte Ausbeutung, verminderte Löhne, Kurzar- beit und Ueberstunden, die Schrecken der Arbeitslosig- keit und Armut, die wie ein drohendes Schicksal über den Köpfen der arbeitenden Massen schweben.“

Arbeiterversicherung

Erhalten Lehrlinge Arbeitslosenunterstützung?

Durch die Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in die Arbeitslosenversicherung vom 1. Oktober 1927 ist ein neuer grundlegender Rechtsgrundlag geschaffen worden. Während nach dem alten Recht die Gewährung von Erwerbslosen- unterstützung ganz unabhängig von einer vorausgegangenen Beitragsleistung geschah, wird jetzt durch die Beitragslei- stung zur Arbeitslosenversicherung von dem Versicherten grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf die Leistungen dieses Versicherungszweiges erworben. Natürlich müssen neben der Beitragsleistung auch die sonstigen für den Unter- stützungsbezug vorgeschriebenen Voraussetzungen gegeben sein. Diese sind im § 87 des Arbeitslosenversicherungs- gesetzes angeführt. Es heißt da: „Anspruch auf Arbeits- losenunterstützung hat, wer 1. arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, 2. die Anwartschaft er- füllt hat, 3. den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erschöpft hat.“

Selbstverständlich tauchen in der Praxis trotz des ziem- lich klaren Wortlautes dieser Bestimmung immer wieder Zweifelsfragen auf, wann und unter welchen Umständen Arbeitslosenunterstützung gewährt werden kann. Eine dieser Zweifelsfragen ist die, ob ein Lehrling Anspruch auf Unterstützung hat oder nicht. Diese Frage taucht in der Praxis fast täglich auf und ist für die davon Betroffenen von der größten Bedeutung. Bevor auf die Frage selbst

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HAND- WERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filial- verwaltungen entgegen!

eingegangen wird, muß eine andere Sache in Erwägung gezogen werden. Nach § 74 des erwähnten Gesetzes sind Lehrlinge, deren Beschäftigung auf einem Lehrvertrag von mindestens zweijähriger Dauer fußt, versicherungsfrei. Vor- aussetzung ist jedoch, daß diese Versicherungsfreiheit bei der zuständigen Krankenkasse beantragt wird. Nun ist zu beachten und zu merken, daß diese Versicherungsfreiheit sechs Monate vor Ablauf des Lehrvertrages erlischt. Durch diese letzte Bestimmung, die eine Schutzbestimmung für den Lehrling ist, erwirbt er sich die Anwartschaft auf Arbeits- losenunterstützung, wenn er nach Beendigung der Lehrzeit entlassen und arbeitslos wird. Es wird ja dann in diesen Fällen durch die sechsmonatige Beitragszeit die im § 87 vorgeschriebene Anwartschaft nachgewiesen. Für die Lehr- linge, die nicht durch Antrag von der Versicherungspflicht befreit sind und die also während der ganzen Lehrzeit Beiträge leisten, besteht nun die Frage, ob sie gegebenen- falls Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Wer- den sie nach Schluß der Lehrzeit infolge Beendigung des Lehrverhältnisses arbeitslos, so erhalten sie ihre Unter- stützung ebenso gut wie jeder andere Arbeitslose; denn sie haben ja durch die Beitragszahlung ihre Anwartschaft er- füllt. Die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes Magde- burg hat unterm 9. Februar 1928 eine für alle Lehrlinge wichtige Entscheidung gefällt, die folgendes besagt: „Auch wenn für den Lehrling während der ganzen Lehrzeit Bei- träge zur Arbeitslosenversicherung geleistet werden, hat er trotzdem keinen Anspruch auf Unterstützung, wenn er wäh- rend der Lehrzeit aus irgendwelchen Gründen mit der Ar- beit aussetzt.“ Zur Entscheidung führte folgender Tat- bestand: Ein Maurerlehrling mußte wegen Frostes wäh- rend seiner dreijährigen Lehrzeit mit der Arbeit aussetzen. Er beantragte Unterstützung, da er arbeitslos sei. Die Unterstützung wurde ihm versagt. Er erhob dagegen Be- schwerde, die zurückgewiesen wurde, und zwar mit folgender Begründung: „Als arbeitslos ist derjenige zu betrachten, der, obwohl auf Lohnarbeit angewiesen, nicht beschäftigt ist. Eine Arbeitslosigkeit liegt demnach solange nicht vor, als das bisherige Beschäftigungsverhältnis nicht beendet ist. Das Arbeitsverhältnis muß endgültig gelöst sein, so daß eine erneute Vereinbarung zwischen den Parteien Maß greifen muß, wenn es wieder ins Leben treten soll. Durch das vorübergehende Aussetzen der Arbeit, wegen Frostes in diesem Falle, ist der Lehrvertrag nicht aufgehoben worden. Eine Beendigung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses ist daher nicht eingetreten. Der Lehrling kann daher nicht als „arbeitslos“ im Sinne des § 87 gelten. Mithin fehlt bei ihm eine der notwendigen Voraussetzungen, die für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung unerlässlich sind.“

rd. Ist eine Kohlenoxydgasvergiftung als Unfall an- zusehen? In neuester Zeit haben sich in erschreckender Weise tödliche Unfälle infolge Ausströmens von Kohlen- oxydgas aus den Öfen ereignet. — Auf diese Weise war auch der Ehemann der Klägerin ums Leben gekommen, die nun von der Versicherungsgesellschaft, bei der der Ver- storbene gegen die Folgen von Unfällen versichert gewesen war, die Versicherungssumme forderte. Die Gesellschaft wandte ein, hier handle es sich nicht eigentlich um einen Unfall, sondern um eine Vergiftung; ausdrücklich sei aber in den Versicherungsbedingungen bestimmt, daß Vergiftungen nicht als Unfälle gelten.

Trotzdem hat das Reichsgericht die Versiche- rungsgesellschaft zur Auszahlung der Versicherungssumme verurteilt. Wenn auch Kohlenoxydgasvergiftungen natürlich als Vergiftungen zu gelten haben, so denke man doch bei dem Worte „Vergiftungen“ in der Regel nur an Vergif- tungen, die durch Eindringen fester oder flüssiger Stoffe in den Körper erfolgen, während man zur Bezeichnung von Gasvergiftungen ausdrücklich das Wort „Gas“ hinzuzu- setzen pflege. Angesichts dieser im Sprachgebrauch be- stehenden Bedeutung muß sich die Versicherungsgesellschaft gefallen lassen, daß die in ihren Versicherungsbedingungen getroffene Bestimmung in dem ihr ungünstigen engeren Sinne angelegt wird. Diese Auslegung erscheint um so mehr als gerechtfertigt, als sie vom Aufsichtsamt für Pri- vatversicherung und von einer Anzahl anderer Versiche- rungsgesellschaften geteilt wird. (Reichsgericht, VII. 462. (Nachdruck verboten.)

Berichtliches

„Porzellanarm“ auf der Leipziger Herbstmesse 1928. Die deutsche Porzellanindustrie, die mit ihren Erzeugnissen an der Spitze der Weltporzellanindustrien steht, will die Porzellan in Deutschland eine viel weitere Verbreitung verschaffen als bisher. „Porzellan in jedes Haus!“ ist Devise einer Propaganda, die über das ganze Land geh- soll. — Die Leipziger Messe, auf der die Porzellanindustrie in erster Linie mit ihrer Händlerkundschaft in Fühl- tritt, ist das wirksamste Mittel, diese Ideen zu prop- gieren, und als Wahrzeichen der gemeinschaftlichen W- bung für Porzellan errichtet die Porzellan-Propaganda Berlin, einen Turm, der in außerordentlich originell- Weise ausgebildet sein wird und sicherlich eine Beherr- wändigkeit der Leipziger Messe bildet.

Ein Lichtreklameturm auf der Leipziger Messe. Ne- Wege zur erfolgreichen Kundenwerbung zu weihen, ist die wichtigste Aufgabe der heutigen Verkaufstechnik. Ein ihrer besten Hilfsmittel ist der optische Reiz. „Licht los- Kunden“, unter dieser zeitgemäßen Devise wird auf der Leipziger Herbstmesse vom 28. August bis 1. September ein in modernen Formen gebaltener, mehrschichtiger Licht- turm auf dem Augustusplatz, also im Herzen des stärksten Ver- kehrs, den zur Messe aus aller Welt zusammenströmende Fabrikanten und Geschäftsinhaber die neuesten Methoden der Schaufensterbeleuchtung und der Lichtreklame zeigen. Dieser neuartige Lichturm, den der Werbeamt des Lei- pziger Neumarkts G. m. b. H. errichtet, wird eine einzi- artige, in weite Kreise dringende Propaganda für die ge- waltigen Fortschritte unserer neuzeitlichen Lichttechnik sein.

Fachtechnisches

Das Preisauschreiben des Reichsausschusses für Sach- verwertung, Berlin W. 30, in Heft 1, Licht über Land, hatte folgendes Ergebnis:

Bis zum Ablauf des Einfindungstermins — 15. Ju- ni 1928 — waren 424 verschiedene Lösungen eingegangen, die sich naturgemäß häufig sehr ähnlich sahen. Die Schlagwor- te waren: malen, malen, malen — Maler, Maler, Maler — waren vorherrschend. Auch wurde festgestellt, daß eine ge- wisse Zahl von Einfindungen entweder genau den gleich- Wortlaut oder fast den gleichen Wortlaut hatte. Die ersten drei Preise wurden folgenden Einfindungen zuerkannt: M. 250. Dr. Herzlieb, Berlin SW., Schutz vor Wetter und Verfall; Lack und Farben überall! M. 100. Unter- Kollegen Josef Hütsch, Darmstadt, Besselt bei Zeiten den Maler, dann sparst du manchen Taler! M. 50. Hein- rich Weiß, Meschy, Der Anstrich schafft es nicht allein er soll auch gut und haltbar sein! Weiter wurde unsern Kollegen Hütsch für eine 2. gute Lösung ein Trostpreis erteilt.

Von den Einfindungen, die mit Trostpreisen bedacht wurden, seien als besonders charakteristisch noch genannt: Farben haben zwiefach Sinn, Schutz und Freude liegen drei- und Holz Stahl, Eisen, Auto, Taxi, soll'n sie halten, streifen und lack sie!

Literarisches

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwilling, Jena. Verlag Karl Zwilling, Verlagsbuchhandlung Jena, St.-Jakob-Straße 36. Vierteljahrsabonnement 3,60 A. Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement em- pfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

Der Wahre Jacob. Illustrierte Zeitung für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich und kann durch die Post, Buchhandlungen oder den Verlag F. S. W. Diez Nach- Berlin SW 68, bezogen werden. Preis der Nummer 20 A.

Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik. Von Fritz Rappaport. Schriftenreihe der Freien Sozia- listischen Hochschule. Verlag F. S. W. Diez Nachf., Berlin. 1928. 32 Seiten. Preis 50 A. Einen wichtigen Beitrag zur Klärung dieser Frage. Der bekannte sozialistische Wirtschaftspolitiker Fritz Rappaport liefert in seiner soeben erschienenen kleinen Schrift, die vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit heraus- gegeben wurde, einen aufklärenden Beitrag zu den grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik. Ausgehend von den Wandlungen, die sich im letzten halben Jahrhundert in der Frage der Krisen und der Konjunktur in der Arbeiterbewegung vollzogen haben, umreißt er die neuen Aufgaben, die sich einerseits aus den Struk- turänderungen des Kapitalismus und andererseits aus der Entlar- tung der Arbeiterbewegung in Staat und Wirtschaft ergeben. Die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft durch Marx bleibt nach wie vor richtig. Aber gerade aus ihrer Inangemessen Anwendung auf die heutige Zeit ergibt sich sowohl die Ablehnung der primitiven Zusammenbruchstheorie, die das Ende des Kapitalismus durch fortgesetzte Verschärfung der Krisen erwartet, wie auf der andern Seite jener Auffassung, daß der Kapitalismus selbst seiner inneren Widersprüche Herr werden könne. Nach wie vor bleibt das Ziel sozialistischer Wirtschaftspolitik die grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Aber in der gegenwärtigen Uebergangsperiode bleibt es die wichtigste Aufgabe der sozialistischen Arbeiterklasse, durch verstärkte Einflus- nahme auf die staatliche Wirtschaftspolitik, durch Förderung der öffentlichen Wirtschaft, durch planmäßige Lenkung des Kapitalis- mus, durch Ausbau der Zellen der Gemeinwirtschaft usw. die Anfänge sozialistischer Wirtschaft am absterbenden Kapitalismus zu fördern. Rappaport illustriert seinen Gedankengang durch eine Reihe praktischer Beispiele aus der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. Seine Darlegungen sind deshalb nicht nur von theo- retischem Reiz, sondern auch von großem praktischen Interesse.

Vom 15. Juli bis 21. Juli ist die 29. Beitragswoche.
Vom 22. Juli bis 28. Juli ist die 30. Beitragswoche.

Storbefehle

Breslau. Am 2. Juli starb an Herzschwäche der Kollege Paul Lorke im Alter von 31 Jahren nach längerem Krankenlager. — Am 9. Juli starb unser Kollege Josef Ahlich im Alter von 49 Jahren an Herzschlag. Dresden. Am 27. Juni starb als Invalide unser treuer Kollege Hermann Müller im Alter von 75 Jahren. Kassel. Am 8. Juli starb plötzlich an Herzschlag unser treuer Kollege Wilhelm Bachel im Alter von 63 Jahren.

Ehrendem Andenken!